





Die Abstimmung über das Eisenbahngesetz, zu dessen Zustandekommen eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist, gestaltete sich in zweiter Lesung wie folgt:

Abgegebene Stimmen: 423  
Ja: 248  
Nein: 174  
Enthalten: 1

Soll bei 423 Anwesenden eine Zweidrittelmehrheit erzielt werden, so müssen 282 Abgeordnete mit Ja und nur 141 mit Nein stimmen. Es fehlten also zur Zweidrittelmehrheit 34 Stimmen, die von der einen auf die andere Seite hinübergehen müßten. Diese Stimmen wären nur bei den Deutschnationalen zu holen.

Etna ein Drittel der deutschnationalen Fraktion, eher mehr als weniger, müßte in dritter Lesung für das Eisenbahngesetz stimmen, wenn dieses mit der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Mehrheit angenommen und die Auflösung vermieden werden sollte. 30 bis 40 Deutschnationale, die gestern noch mit Nein stimmten, müßten heute mit Ja stimmen.

Die Deutschnationalen hoffen, daß die Kommunisten ihnen helfen werden. Die Scholem und Raß wollen offenbar ihre ganze Fraktion hinauswerfen lassen, womit sie einmal selbst um die Abstimmung herumkommen und zweitens die Zahl der abzukommendierenden Deutschnationalen verringern. Für jeden hinausgetworfenen Kommunisten brauchen die Deutschnationalen einen Ja-Sager weniger zu stellen und damit wächst die Wahrscheinlichkeit der Verhütung von Neuwahlen, welche die Kommunisten fürchten wie der Teufel das Weihwasser.

### Gegen die „Brückenbauer“.

Im Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion hat Abgeordneter Dittmann in der Abend Sitzung des Reichstags am Mittwoch anlässlich der zahlreich im Plenum eingegangenen Anträge und Entschlüsse der bürgerlichen Parteien folgende Erklärung verlesen:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird wie bisher mit Entschiedenheit dafür wirken, daß die rechtswidrige Besetzung des Ruhrgebiets und der übrigen Sanctionsgebiete so rasch wie möglich, jedenfalls noch erheblich vor dem 15. August nächsten Jahres, aufgehoben und für die Kölner Zone die am 10. Januar ablaufende Räumungsfrist pünktlich eingehalten wird. Getreu ihren Grundrissen und in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der sozialistischen und gewerkschaftlichen Internationalen bekämpft die deutsche Sozialdemokratie jede Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung durch fremde Besatzmächte und fordert die Räumung des gesamten besetzten Gebiets vor den vertragsmäßig vorgezeichneten Terminen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt weiter, daß nach Sinn und Wortlaut des Londoner Vertrags die von Deutschland übernommene Verpflichtungen vom Zustandekommen der Deutschland zu gewährenden Anleihe abhängig sind.

Sie erklärt weiter, daß sie, wie sie durch ihren Redner, den Abgeordneten Scheidemann, in der Sitzung vom 25. Juli ausführlich hat darzustellen lassen, eine Allein Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkriegs nie angenommen hat.

Zugleich stellt sie fest, daß die vorliegenden Anträge und Resolutionen an dem gegebenen Rechtszustand und der Lage des deutschen Volkes nichts zu ändern vermögen. Ihre Annahme soll lediglich zur Verschleierung der Tatsachen dienen, daß versucht wird, einen Teil der Mitglieder dieses Hauses durch Enttäuschung von Regierungsstellen und wirtschaftlichen Zugeständnissen zu einer Umkehrung seiner bisherigen Haltung zu bewegen. Aus diesem Grunde lehnt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion alle diese Anträge und Resolutionen ab.

Trotzdem hat sich, wie aus dem Reichstagsbericht hervorgeht, eine Mehrheit gefunden, die die völksparteilichen Anträge, gedacht als Brücke für die Deutschnationalen, angenommen hat.

### Sitzungsbericht.

Auf der Tagesordnung der Mittwochs-Sitzung des Reichstags, die um 11 Uhr beginnt, steht zunächst der kommunistische Antrag, der zu der Abstimmung über das Londoner Abkommen alle ausgeschlossenen und inhaftierten Abgeordneten zulassen will. Die Abg. Hampe (Wirtsh. Bgg.) als Berichterstatter mittelst, hat der Geschäftsordnungs-Kommission diesen Antrag vorgelesen.

Die Kommunisten beantragen nunmehr, wenigstens die ausgeschlossenen Abgeordneten Kramme und Dr. Schwarz zu der entscheidenden Sitzung zuzulassen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) hält es für notwendig, daß angesichts der großen Bedeutung der bevorstehenden Abstimmung alle Abgeordneten daran teilnehmen müßten. Für den Abgeordneten Kramme würden die 20 Sitzungstage, für die er ausgeschlossen ist, nämlich am Donnerstag ablaufen.

Abg. Scholem (Soz.) wirft der Mehrheit vor, daß sie die Zulassung der ausgeschlossenen und inhaftierten Abgeordneten nur verbiete, um auf diese Weise wieder noch eine Zweidrittelmehrheit für den Eisenbahngesetz zu bewahren.

Der kommunistische Antrag auf Einziehung der ausgeschlossenen und inhaftierten Abgeordneten wird gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt, ebenso der kommunistische Antrag, wenigstens die Abgeordneten Kramme und Dr. Schwarz zuzulassen. Der Ausbürgerungsantrag wird dann unter lebhaften Protesten der Kommunisten angenommen.

Abg. Fried (Nat.-Soz.) beantragt, einen Antrag seiner Fraktion auf Annäherung der sogenannten politischen Parteien dem Reichstagspräsidenten zu überreichen, da durch das Londoner Abkommen die parlamentarischen Beziehungen im besetzten Gebiet begünstigt werden.

Dieser Voranschlag konnte nur entgegnet werden, wenn aus dem Hause kein Widerspruch erfolgte. Der demokratische Abgeordnete Brodau widerspricht jedoch von seinem Platz aus dem beschriebenen Antrag.

Sodann erwidert Särm bei den Deutschnationalen und den Kommunisten. Es kann der deutschnationalen Abgeordnete von Graefe in besonderer Haltung hervorgehoben die Rede ausführen: „Heraus, heraus mit dem Judenjehweint“, kürzigen einige Kommunisten auf den Abgeordneten Brodau, während sich v. Graefe, getrieben von Selbstherrlichkeit, in Bedenken zurückzog. Die demokratischen Abgeordneten Kramme und Dr. Schwarz saßen sich sofort vor den Abgeordneten Brodau, um ihn zu schützen. Särm erwidert es dem Präsidenten, für einen Augenblick die Ruhe wiederherzustellen, als sich der kommunistische Abgeordnete Grube aus Überdramatik auf Brodau stürzte und ihn mit der Faust einen wichtigen Schlag auf das linke Auge versetzte. Brodau versucht sich zu wehren, und es kam zu einem

der Mittelparteien und der Sozialdemokratie zu Hilfe kommen, beginnt ein allgemeiner Rawall, in dem zunächst die Kommunisten auf die mit der Wucht des Schutzes in die Nähe des Plazes von Brodau gestellten Abgeordneten einschlagen. Jetzt entzündet ein ungeheurer Tumult. Es entwickelt sich eine regelrechte Prügelei, in deren Verlauf die Kommunisten den Sitzplatz zogen. Dem kommunistischen Spitz, der einer der Hauptangreifer war, wurde mit einem Zeitungshalter ein Schlag auf die linke Wange versetzt. Fortgesetzt erschallen Rufe der Kommunisten: „An den Galgen mit Brodau!“, die trotz des ungeheuren Tumults auf den Tribünen zu hören sind.

Die Tribünenbesucher selbst erheben sich spontan von den Plätzen und stoßen Pfuirufe aus. Im Hause herrscht eine ungeheure Erregung.

Der Präsident, der vergeblich versucht hat, Ruhe zu schaffen, und mit der Mode nicht mehr durchgedrungen war, bekräftigt die Sitzungspausale. Die Sitzung ist damit geschlossen. Die Abgeordneten stehen noch lange in erregten Gruppen zusammen. Der Abgeordnete Brodau wird von seinen Freunden aus dem Saale geführt.

### Die zweite Sitzung.

Nach etwa 10 Minuten Pause erscheint Präsident Wallraf wieder auf seinem Platz und eröffnet die Sitzung aufs neue. Er gibt unter lebhafter Zustimmung dem Gesichts der Empörung über die Vorgänge von vorhin Ausdruck und fügt hinzu: Ich werde diejenigen Maßnahmen gegen die Schuldigen treffen, die die Geschäftsordnung vorschreibt. Der Reichspräsident wird um 2 Uhr zusammenzutreten. Ich bitte jetzt in der Verhandlung fortzufahren. Das Wort hat der Abgeordnete Stetter, dem ich es schon vorhin erteilt habe, wenn er nicht darauf verzichtet.

Abg. Stetter (Komm.): In der hier im Haus oben angeführten Komödie (Zuruf links: Die Ihr gemacht habt! Geschrei der Kommunisten) geht es durchaus, daß jetzt auch schon hier auf den Plätzen des Reichstags ein verächtlicher Polizeispieß sich aufhält. Seit wann ist das hier erlaubt? (Rufe der Kommunisten nach der Reichstagsbesetzung: raus, raus!) Die Begleitung von Regierungsvertretern durch Polizeispieß entspricht nur der Würde dieses Hauses. (Lebhafte Entrüstungsrufe gegen die Kommunisten.)

Präsident Wallraf stellt fest, daß keinerlei andere Sicherheitsmaßnahmen im Reichstage getroffen sind, als die schon seit langer Zeit leider sich als notwendig erwiesen haben; daß diese Maßnahmen nicht überflüssig sind, haben gerade die Vorgänge von vorhin bewiesen. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit. Gebrüll bei den Kommunisten.)

Abg. Raß (Komm.): Nachdem Abgeordneter Brodau Widerspruch erhoben hat gegen einen Antrag, mit dem jeder einberufen sein müßte, der nur einen Funken Anstand und Menschlichkeit hat (Stürmische Entrüstungsrufe der Mehrheit, Geschrei der Kommunisten), beantrage ich, noch einmal festzustellen, ob jemand im Saale Widerspruch erhebt.

Präsident Wallraf: Das ist geschäftsordnungsmäßig unzulässig. (Stille Rufe der Kommunisten gegen den Präsidenten.)

In der fortgesetzten Besprechung des Londoner Vertrags spricht dann Abg. Seibert (D. Vp.) für das Eisenbahngesetz, das Abg. Raß (Nat.-Soz.) bekämpft. Abg. Lang (Bayr. Vp.) macht seine Bedenken gegen die Uebertragung der Reichsbahnen an eine Gesellschaft geltend.

Reichsverkehrsminister Defer erklärt, das Verfassungsamt der Angestellten der neuen Reichseisenbahngesellschaft sei durchaus gewahrt. In dieser Beziehung seien bei den Londoner Verhandlungen wesentliche Erwäge gegenüber dem ursprünglichen Gutachten erzielt worden. Eine Privatgesellschaft müßte allerdings die Möglichkeit haben, ihre Ausgaben entsprechend zu gestalten, aber eine wesentliche Veränderung werde nicht eintreten. Die Bezüge der jetzigen Beamten seien gesichert. Daß das Reich keine Beamtenbezüge erhöhe, die Gesellschaft aber nicht, halte er für ausgeschlossen. Wenn die Steuererträge so gut sind, daß das Reich die Beamtengehälter erhöht, dann sei die Wirtschaftslage eben so gut, daß auch die Betriebsgesellschaft mehr ausgeben könne. In der Stellung der Militäranwärter werde nichts geändert. Nach wie vor bleibe der verantwortliche Minister, an den sich der Reichstag halten kann.

Dann ist die zweite Lesung der Eisenbahngesetzes entledigt. Es folgt die zweite Lesung des Mantelgesetzes zu den Londoner Vereinbarungen. Da niemand das Wort ergreift, ist die zweite Lesung aller durch das Sachverständigengutachten bedingten Gesetze erledigt. Die Abstimmung wird zurückgestellt.

Außerhalb der Tagesordnung verlangt Frau Golle (Wirtsh. Bgg., Komm.), daß die Amnestie auch auf die Kommunisten jenseits im besetzten Gebiet ausgedehnt werde.

Abg. Essmann (Soz.) unterwirft das Verlangen, die Amnestie im besetzten Gebiet möglichst weitgehend auszuweiten und auch auf die politischen Gefangenen im unbesetzten Gebiet auszudehnen. Er weist den Vorschlag zurück, daß die Sozialdemokratie irgend etwas mit den Separatisten zu tun gehabt habe. (Lärm h. d. Komm.)

Abg. Raß (Dem.) erklärt, die demokratische Partei bekämpfe alle, die gewaltlos gegen die Verfassung vorgehen; sie sei deshalb grundsätzliche Gegnerin von Amnestien politischer Verbreiter. (Lärm h. d. Nat.-Soz. u. Komm.) In dieser Frage habe sich wieder die innige Gemeinschaft zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gezeigt. Auf alle Fälle müsse man abwarten, ob am Donnerstag tatsächlich der Beschluß gefaßt wird, die Separatisten freizulassen. Die Kommunisten und Nationalsozialisten, die diesen Beschluß nicht fassen wollen, hätten die allgeringste Veranlassung, die Forderungen nach Amnestie zu erheben. (Große Unruhe h. d. Nat.-Soz. u. Komm.) Die Deutschnationalen und Kommunisten hätten den bedauerlichen Vorfall am Vormittag herbeigeführt. Er hoffe, daß dieser Reichstag entweder in kürzester Frist die Kraft findet, sich gegen solchen Raub zu wehren, oder den Weg geht, den er verdient. (Großer Lärm h. d. Komm. u. Nat.-Soz.)

Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) schiebt die Schuld an dem Vorfall dem „unqualifizierbaren Verhalten“ des Abg. Brodau zu und beantragt, die Amnestiefrage als ersten Punkt auf die Tagesordnung der Freitagssitzung zu setzen.

Abg. Dr. Luant (Dt.-nat.) erklärt, er habe in der zweiten Beratung nicht gegen das Eisenbahngesetz zu sprechen brauchen; er hätte sich nur den unzulässigen und jenseitigen Vorkäufungen des kommunistischen Abgeordneten Rosenfeld anschließen können.

Abg. Rosch (Dem.) erhebt nachträglich einen Ordnungsruf, weil er den Tribünen zugerechnet haben soll: „Ihr seid die schamlosen Geher!“

Abg. Stöder (Komm.) bestreitet, daß die Kommunisten im Sitzungs-Ansturm, der die Separation von Preußen betriebe habe, mitgewirkt hätten.

Abg. Raß (Dem.) stellt fest, daß auf die Rufe der Völkischen: „Raus! gegen jeden Parteifreund Brodau! die Kommunisten gegen diesen vorgegangen seien. Herr v. Graefe habe Brodau „Jude“, „Lender Schuft“ (Sehr richtig! h. d. Nat.-Soz.), „Separatisten-unterstützer“ genannt. Alle diese Bezeichnungen würden jetzt zugegeben. (Zuruf h. d. Nat.-Soz.: Ja wohl!) Die hauptsächlichste Verantwortung für die Erregung im Hause trifft also die Nationalsozialisten.

Abg. Essmann (Soz.): Die Sozialdemokraten sind stets Gegner des Separatismus gewesen, wir haben stets gegen die Loslösung von Preußen angekämpft. So gewaltig die Gegenüberstände sind, die deutsche Arbeiterpartei politisch trennen, im Kampfe gegen den Separatismus hat die gesamte rheinische Arbeiterpartei immer über Mäßigkeit getan.

Abg. Jeager (Dt.-Soz.): Ich habe den Vorgängen von vorhin ganz in der Nähe beigewohnt und stelle fest, daß erst provoziert worden ist, als der kommunistische Sitzplatz vorrückte. (Rufe der Kommunisten: Ueber Verleumdung!)

Abg. v. Graefe (Nat.-Soz.): Ich verzichte, wenn die Demokratie jetzt einen Antrag fasst, angesichts der bevorstehenden

meinheit, die sich ein Mitglied ihrer Partei anschließen konnten ließ. (Große Unruhe.) Der Ausbruch ist unparlamentarisch; aber die deutsche Sprache bietet mir keinen Anreiz. Ich habe auch nicht das geringste von meiner Kennzeichnung zurückzunehmen. (Großer Lärm in der Mitte.) Die Kommunisten haben mehr Idealismus als die verkommenen und verfallenen Reichstagskonstanten der Reichskommen derer von 1848. (Fortdauernder allgemeiner Lärm.)

Mit Rücksicht auf die Beratungen des Reichstags wird um 2 1/2 Uhr die Sitzung bis 5 Uhr unterbrochen.

### Pollizei in der Abend Sitzung.

Mit fast einfühliger Verspätung wird die neue Sitzung um 6 Uhr vom Präsidenten Wallraf eröffnet, der mit Worten tiefen Bedauerns auf die Prügelei des Vormittags zurückkommt. Er rufft den völkischen Abgeordneten v. Graefe nachträglich zur Ordnung wegen seiner beleidigenden Juriste gegen den Abgeordneten Brodau. Die Prügelei hätten bis zur Stunde nicht reiflos aufgearbeitet werden können. Nicht alle, die sich einer gründlichen Verletzung der Ordnung schuldig gemacht haben, seien erwaandfrei ermittelbar. Fest steht indessen, daß als Angegriffener beteiligt haben die kommunistischen Abgeordneten Grube, Meddermeyer und Spitz. Wegen gründlicher Verletzung der Ordnung des Hauses schließt er diese drei Abgeordneten von der heutigen Sitzung aus und fordere sie auf, den Saal zu verlassen.

Nach einiger Zeit stellt der Präsident fest, daß die drei Abgeordneten seiner Aufforderung zum Verlassen des Saales nicht gefolgt sind, und unterbricht daher die Sitzung auf 6 Minuten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung stellt Präsident Wallraf fest, daß die drei ausgeschlossenen Abgeordneten noch immer im Saale anwesend sind. Dadurch hätten sie sich den Ausschluss für 20 Sitzungstage zugezogen, nachdem die erste Verurteilung ihren Ausschluss für acht Sitzungen herbeigeführt hatte. Der Präsident fährt fort: Nach der Reichsbesetzung hat der Reichstagspräsident das Hausrecht im Reichstage und Widerstand gegen seine Maßnahmen ist Ausschreitungsbruch und Widerstand gegen die rechtmäßig ausgeübte Staatsgewalt. (Lärm bei den Kommunisten, Beifall bei den andern Parteien.) Abgeordnete, die auf frischer Tat festgenommen werden, verlieren ihre Immunität.

Darauf läßt der Präsident die Tribünen räumen und bittet auch die Abgeordneten, die Vertreter der Regierung und die Presse, den Saal zu verlassen. Dieser Aufforderung wird Folge geleistet mit Ausnahme der Kommunisten, die im Saale bleiben und die Internationalen singen. Darauf führen Krüger und Beamte die Abgeordneten Spitz und Grube, ohne Widerstand zu finden, aus dem Saale, den der Abgeordnete Meddermeyer schon vor dem Erscheinen der Polizei verlassen hatte.

Als Präsident Wallraf die neue Sitzung eröffnet, empfangen ihn die Kommunisten mit dem Rufe: „Nieder mit diesem Polizeiparlament!“

Präsident Wallraf: Die polizeiliche Entfernung von Abgeordneten aus diesem Saale steht einzig da in der Geschichte des Deutschen Reichstags. Ich hoffe, daß es das letzte Mal gewesen ist. Das Recht des einzelnen Abgeordneten, seine Meinung hier auszusprechen, muß ebenso gewahrt werden, wie die Würde des Reichstags. (Beifall bei der Mehrheit, Lärm bei den Kommunisten.)

### Die ersten Abstimmungen.

Hierauf erfolgt die Abstimmung über die Gutachten der Kommission in zweiter Lesung. Die Kommunisten beantragen namentliche Abstimmung über das Mantelgesetz. Der Antrag wird von den Nationalsozialisten unterstützt. Die namentliche Abstimmung ergibt die Annahme des Mantelgesetzes mit 249 gegen 171 Stimmen. Dagegen haben die Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Deutschsozialen und Kommunisten gestimmt. Zwei Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Vor der weiteren Abstimmung gibt Abgeordneter Dr. Fried für Nationalsozialistische Freiheitspartei eine Erklärung ab, daß sämtliche Entschlüsse und Anträge zum Dawes-Gutachten lediglich den Versuch darstellten, der Deutschnationalen Volkspartei Brücken zu bauen. Die Nationalsozialisten nähmen daher keine Stellung zu den Entschlüssen und Anträgen, sondern enthielten sich der Stimme.

Für die sozialdemokratische Fraktion gibt Abgeordneter Dittmann eine Erklärung ab. (Die Erklärung siehe an anderer Stelle.)

In einfacher Abstimmung werden angenommen das Privatnotenbankgesetz, der Gesetzentwurf über die Liquidierung der Rentenbank und das Münzgesetz. Dagegen stimmen geschlossen die Kommunisten, Nationalsozialisten und die Deutschsozialen. 247 Stimmen waren dafür, 173 dagegen.

In der weiteren Abstimmung wird das Gesetz über die Industriebelastung in namentlicher Abstimmung mit 247 gegen 173 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Zum Aufbringungs-gesetz werden die völksparteilichen Änderungsanträge angenommen, wonach auch die öffentlichen Betriebe belastet werden sollen. Die Gesamtvorlage wird in zweiter Lesung angenommen.

Vor der Abstimmung über das Eisenbahngesetz zieht Abg. Dr. Bredt (W. Bgg.) seinen Antrag zurück, wonach zur Annahme des Gesetzes die einfache Mehrheit genügen soll.

Abg. Stöder (Komm.) gibt eine längere Erklärung ab, wobei ihm durch die Mehrheit des Hauses schließlich das Wort entzogen wird, nachdem er dreimal vom Präsidenten aufgefordert worden war, zur Abstimmung zu sprechen, während er immer wieder auf die Prügelei in der Vormittags-Sitzung zurückkam.

Kommunisten und Nationalsozialisten verbünden sich wieder und setzen die namentliche Abstimmung über das Eisenbahngesetz durch.

Die namentliche Abstimmung ergibt 248 Stimmen für, 174 Stimmen gegen das Eisenbahngesetz. Die nach der Einleitung des Gesetzes erforderliche Zweidrittelmehrheit ist damit in zweiter Lesung nicht erreicht worden.

Das Gesetz über die Personalverhältnisse bei der Reichsbahn wird in einfacher Abstimmung angenommen.

Vor der Abstimmung über das Mantelgesetz zum Londoner Abkommen erklärt Abg. Schuck (Bromberg, Dt.-nat.), für den Fall der Annahme des Änderungsantrags der Volkspartei, der u. a. die beschleunigte Räumung des Ruhrgebietes fordert, behalte sich die deutschnationalen Fraktion Änderungen anträge für die dritte Lesung vor. (Rufe links: Hört, hört!) Abg. Raß (Dem.) erklärt, daß seine Fraktion die Anträge ablehnen werde, da sie Selbstverständlichkeiten enthielten.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und Deutschsozialen werden die Anträge der Volkspartei bei Stimmenthaltung der Nationalsozialisten angenommen.

In namentlicher Abstimmung wird dann das Mantelgesetz mit 248 gegen 176 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Damit ist die zweite Beratung der Gutachten-gesetze abgeschlossen.

Gegen 9 Uhr abends verläßt sich das Haus auf Donnerstag vormittag 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht jetzt neben mehreren Vorlagen und dem Annäherungsantrag der Nationalsozialisten die dritte Beratung und endgültige Verabschiedung der Gutachten-Gesetze.

In der Geschäftsordnungsdebatte bemerkt Abg. Raß (Komm.), mit einer Reichstagsauflösung sei nicht mehr zu rechnen, worauf Abg. Schuck (Bromberg, Dt.-nat.) ruft: „Da irren Sie sich!“

Abg. v. Guérard (Ztr.): Wir rechnen mit einer Auflösung des Reichstages und wünschen deshalb vor der dritten Beratung des Gutachtens die Annahme des Antrages, wonach die bisherigen Reichstagsabgeordneten bis acht Tage nach der Neuwahl die Freisprecher sein behielten. —



# Reichsbanner für Auflösung.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer, hat an die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei, des Zentrums und der Demokraten folgenden Brief gerichtet:

In der deutschnationalen Presse wird die Beteiligung der Deutschnationalen an der Reichsregierung, der Regierung Preußens usw. verlangt. Die Presse aller Richtungen meldet immer wieder, daß Mitglieder der Deutschen Volkspartei mit den Deutschnationalen zwecks Eintritts dieser Partei in die Reichsregierung verhandeln.

Diese alarmierenden und wohl sicher zutreffenden Nachrichten haben in unserm, nunmehr zwei Millionen Mitglieder zählenden Bunde nicht nur Aufregung, sondern helle Empörung ausgelöst. Unsere Mitglieder haben nicht vergessen, daß es civile und militärische Monarchisten waren, die teils aus Unfähigkeit, teils aus bölliger Verkennung der politischen und militärischen Lage Deutschland ins Unglück geführt haben; daß es Monarchisten waren, die nach dem von ihnen verschuldeten Zusammenbruch jede Mitarbeit am Wiederaufbau unsers schwer geprüften Vaterlandes verweigerten; die statt dessen die wüßteste und verlogenste Agitation gegen die Republik und die Republikaner trieben und die Schande des politischen Moroses, die Schande der antisemitischen Heße über unser Land brachten, womit Deutschland in den Augen aller Kulturböller herabgesetzt wurde. Diefelben Monarchisten haben durch ihre militärische Spielerei dem Vaterland enorm geschadet und uns von neuem die Militärkontrolle gebracht.

Es gibt seit Beginn des Krieges nicht eine einzige politische Tat der Monarchisten, die dem Vaterland genützt hat, sondern nur solche, die ihm inner- wie außenpolitisch den schwersten Schaden zugefügt haben. Die jetzige Agitation und die Abkündigung des Londoner Abkommens reißt sich „würdig“ der bisherigen Haltung der Monarchisten an, unser Vaterland von neuem ins Unglück zu stürzen. Wir treten für die Annahme und Durchführung des Londoner Abkommens ein, damit endlich unsern Weibern im besetzten Gebiet die alleinige Last genommen und auf die Schultern des ganzen deutschen Volkes entprechend der Leistungsfähigkeit verteilt wird. Wir sehnen Neuwahlen herbei, die beweisen werden, daß die Antirepublikaner aller Richtungen keine nennenswerte Erfolgshaft mehr besitzen!

Die Taten und Handlungen der monarchistischen Länderregierungen, wie in den beiden Mecklenburg, in Thüringen, Bremen, Württemberg, Bayern usw., wo die Monarchisten teils mit, teils allein regieren, beweisen, daß der Kurs gegen die Republik und die Republikaner gerichtet ist. Aber diese Regierungen haben uns auch außenpolitisch maßlos geschadet. Ein Blick in die Presse des Auslandes und die wiederholten Reden der maßgebenden Staatsmänner des großen Auslandes zeigen zu deutlich, welchen Leidensweg Deutschland gehen würde, wenn die Monarchisten in Deutschland regierten oder auch nur mitregierten.

Wir sind für unser bedrohtes Vaterland, nicht für die Monarchie oder den Kaiser in den Krieg gezogen. Die Monarchisten haben unser Vaterland zerklüftet und in unsagbares Elend gebracht. Das wird und muß sich wiederholen, wenn die Monarchisten in die Reichsregierung und die Regierungen der großen Länder kommen. Unser Bund wünscht, daß die Ruhe im Innern erhalten und Deutschlands Ansehen im Auslande durch eine streng republikanische Regierung gehoben wird. Er wünscht im besondern, daß Deutschland mit einer solchen Regierung, die das Vertrauen des demokratischen Auslandes hat, für unser Vaterland sowohl wirtschaftliche wie politische Erfolge erlangen und Vorteile erzielt.

Aus all diesen Gründen bitten wir Sie, als die Leiter und Führer der republikanischen Verfassungsparteien dafür einzutreten, daß die Verfassung, in Deutschland und den großen Ländern könnten Monarchisten regieren, oder auch nur mitregieren, recht bald verschwindet.

Wir versichern, daß wir sowohl hinter Ihnen, wie jeder Regierung des Reiches und der Länder, die republikanisch-demokratische Politik treiben, wie ein Mann stehen.

Drei Heil!

J. A. Göring, Vorsitzender.

Eine Abschrift des Briefes wurde an den Reichspräsidenten mit einem Begleitschreiben gesandt, worin es heißt:

Das Verhalten der monarchistischen Regierungen in Bayern, Thüringen, Bremen, Mecklenburg usw. gelegentlich der Verfassungsfeier am 10. August und die jetzigen Meldungen, daß Volksparteiler mit den Monarchisten (Deutschnationalen) über Eintritt in die Regierung verhandeln, haben in den Reihen unsrer Mitglieder wie Bomben eingeschlagen. Wir haben eine große Empörung mitebezugnehmen, die noch durch das Verhalten der Deutschnationalen zum Londoner Abkommen stark gesteigert ist.

Sie, Herr Reichspräsident, haben immer großen Einfluß auf die Zusammenziehung der Reichsregierung nicht nur infolge Ihrer verfassungsmäßigen Rechte, sondern auch infolge Ihres großen moralischen Einflusses auf die Verfassungsparteien, an die wir uns gewandt haben. Wir bitten Sie herzlich, unsere Bitte an die Verfassungsparteien zu unterstützen, damit Deutschland nicht noch einmal den Leidensweg, den es seit 1914 gegangen ist, gehen muß. Inner- wie außenpolitisch wird und muß es zur Katastrophe kommen, wenn die Monarchisten wieder in die Reichsregierung und die Regierungen der großen Länder kommen.

Unser Bund, der nunmehr die zweite Million überschritten hat, gelobt der Republik und Ihnen, Herr Reichspräsident, unwandelbare Treue.

Auf die Nachricht von den völkisch-kommunistischen Schandtaten im Reichstag wurde an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet:

Die gestrigen Skandalösen, das ganze deutsche Volk verletzenden Vorgänge im Reichstage erfordern sofortige Auflösung, um die wir dringend bitten.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Bundesvorstand. J. A. Göring.

Auch wir sind der Auffassung, daß ein Reichstag, der auf der Linken und der Rechten Fraktionen von Brüggelhelden aufweist, aufgelöst werden muß, um die Rohdeys dem Gerichte der Wähler auszuliefern.

## Die Regierungssunterschrift genügt.

Wir hoffen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich entschließt, die angefügten deutschnationalen Anträge mit dem von uns vorgeschlagenen Antrag auf Auflösung des Reichstags zu beantworten und die Annahme dieses Antrags zur Bedingung für die Zustimmung zu den Dawes-Gesetzen zu machen. Die Gründe für diese Forderung haben wir ausführlich dargelegt.

Wir werden in untrer Forderung bestärkt durch Meldungen aus Paris, die unsere Auffassung bestätigen, daß eine durch die Sozialdemokraten herbeigeführte Auflösung des Reichstags das Laufen der Fraktionen

# Radiodienst der Volkstimme.

## Reichstag am Donnerstag.

sp Berlin, 28. August. Der Vizepräsident Dr. Nieber geht bei der Eröffnung der Donnerstagssitzung des 175. Geburtsstages Goethes.

Vor Eintritt in die Tagesordnung protestiert der kommunistische Abgeordnete Schöler dagegen, daß die Abgeordneten bei Eintritt in den Reichstag „von den Spikeln Severings bekräftigt“ werden. Der Vizepräsident erklärt, es handle sich nicht um Spikeln, sondern um Polizeibeamte, die pflichtgemäß eine Kontrolle ausüben.

Ohne Debatte werden hierauf die Anträge auf Annahme der politischen Befangenheit dem Rechtsausschuß überwiegen.

Von den Mittelparteien ist ein Antrag eingebracht worden, wonach die Reichstagsabgeordneten auch nach der Reichstagsauflösung bis acht Tage nach den Neuwahlen die Freifahrkarte behalten sollen. Der völkische Abgeordnete Graese und der deutschsoziale Kunze bekämpfen die Vorlage. Der Antrag wird in erster und zweiter Beratung angenommen. Die sofortige Bortnahme der dritten Beratung scheidet an dem Widerspruch des Abgeordneten Graese.

Nach debatteloser Erledigung kleinerer Vorlagen wird in die dritte Beratung des Gutachtenes getreten. Abg. Duack erklärt, die Deutschnationalen gingen an die entscheidende Abstimmung mit einem tiefen Gefühl der Enttäuschung und der Verbitterung heran. Es scheine tatsächlich, als ob auf deutschen Boden und auf deutsche Kosten der Kampf zwischen den feindlichen Prinzipien Rußland und London ausgetragen werden solle. Die Argumente der Kommunisten gegen das Dawes-Gutachten seien durchaus richtig, aber sie entsprängen nicht deutschem Geist, sondern der Diktation von Moskau. Der Kampf der Rheinländer gehe nicht um einige Tage oder Wochen früherer Räumung, sondern um den deutschen Charakter des Rheinlandes, das endlich ein Ende der unerhörten Besatzungslasten abzusehen wünsche.

## Konferenz der Arbeitsminister.

ng Paris, 28. August. Die Arbeitsminister Englands, Deutschlands und Belgiens treten am 8. September in Genf zu einer Konferenz zusammen, um über eine Vereinbarung zur Durchführung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag zu beraten. Die Pariser Blätter schreiben den alliierten Regierungen die Absicht zu, von Deutschland

für die Räumung nicht hindern würde. Die Meldungen bejagen:

Eine von Herriot in der Kammerdebatte am Sonnabend auf eine Anfrage gegebene Antwort hatte zu der irrtümlichen Auslegung Anlaß gegeben, als ob die französische Regierung, falls im Reichstag die Zweidrittelmehrheit für das Eisenbahngesetz nicht zustande kommen sollte, die auf Grund des Art. 45 der Reichsverfassung gegebene Unterschrift der deutschen Regierung unter das Londoner Protokoll nicht anerkennen werde und sich am 1. September nicht mehr an die Beschlüsse der Londoner Konferenz gebunden halten werde. Diese Auslegung ist, wie der Korrespondent des „Soz. Parlamentsbüros“ von bestunterrichteter Seite erfährt, absolut falsch. Die französische Regierung steht vielmehr auf dem Standpunkt, daß die Frage, wie die deutsche Unterschrift zustande kommen wird, eine rein innerdeutsche staatsrechtliche Angelegenheit ist, die die andern Regierungen nicht berührt.

Im „Quotidien“ vertritt Grumbach diesen Standpunkt in eingehenden Darlegungen. Er führt aus, daß man in Berlin begreifen müsse, wenn Frankreich, dessen Parlament die Londoner Abmachungen durch ein ausdrückliches Vertrauensvotum gutgeheißen habe, eine ähnliche Ratifikation durch den Reichstag verlange. Das wolle aber keineswegs besagen, daß die französische Regierung nicht in vollem Maß der besonderen Lage, in der sich die deutsche Regierung befinde, Rechnung zu tragen bereit sei, oder gar die auf Grund der Reichsverfassung zugelassene vorläufige Unterschrift der deutschen Regierung nicht anzuerkennen beabsichtige. Es sei böllig unberücksichtigt, glauben zu wollen, daß Frankreich dem deutschen Volk irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg legen würde, wenn es den politischen Irrtum, den es bei den letzten Wahlen begangen habe, jetzt korrigieren wolle. Die Unterhändler von Marx und Stresemann unter die Vereinbarungen von London könnten durch die Auflösung des Reichstags nur an Autorität gewinnen. Herriot habe zu ausreichende Beweise für seine Verständigungsberedtheit gegeben, daß man in Deutschland nicht zu befürchten brauche, daß die französische Regierung eine Auflösung des Reichstags als Vorwand für eine Nichtigkeitsklärung der Londoner Konferenzergebnisse benutzen werde.

Der „Vorwärts“ schreibt dazu: „Aus der vorstehenden Meldung, insbesondere aus den Ausführungen Grumbachs, die sicher nicht ohne Einverständnis mit maßgebenden französischen Kabinettsmitgliedern erfolgen, glauben wir entnehmen zu können, daß mit der Unterschrift des Londoner Protokolls, die voraussichtlich durch den deutschen Botschafter in London erfolgen wird, auch die Räumungsfristen zu laufen beginnen. Praktisch würde das bedeuten, daß 24 Stunden nach Unterzeichnung die Räumung von Dortmund und Umgebung erfolgt — trotz der deutschnationalen Katastrophopolitik. Auch in Frankreich ist man anscheinend davon überzeugt, daß bei einer endgültigen Ablehnung des Eisenbahngesetzes an das deutsche Volk zu richtende Appell die nachträgliche Zustimmung des Reichstags zur Unterschrift der Reichsregierung gewährleistet.“

## Blinderhüchspiel.

Noch weiß niemand, wie die Entscheidung fallen wird. Die Deutschnationalen versichern, sie werden nicht umfallen. Die Konferenz mit den deutschnationalen Landesverbandsvorsitzenden endete nach der deutschnationalen Presse mit dem Beschluß, die Dawes-Gesetze abzulehnen. Der Beschluß soll mit 39 gegen nur 3 Stimmen gefaßt worden sein.

Mit dieser „Festigkeit“ in Widerspruch steht die Meldung, daß die deutschnationalen Fraktion bei der dritten Lesung Abänderungsanträge einbringen wird, von deren Annahme die Deutschnationalen ihren Umfall abhängig machen werden. Welcher Art diese Anträge sind, läßt eine Information aus völkischparteilichen Kreisen erkennen, die der „Berliner Lokalanzeiger“ in folgender Form veröffentlicht:

Von deutschnationaler Seite erklärt man, zur Annahme der Gutachtenes bereit zu sein, wenn vorher auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen seitens der Regierung die

unter allen Umständen die strikte Durchführung der internationalen Abmachungen über die Organisation der Arbeit zu fordern.

## Amerikanischer Sicherheitsvorschlag.

ng Paris, 28. August. Die Blätter veröffentlichen den Wortlaut des der Vollversammlung des Völkerbundes zu unterbreitenden amerikanischen Entwurfs eines Abrüstungs- und Sicherheitsvertrags.

Dieser erklärt jeden Angriffskrieg für ein internationales Verbrechen, dessen sich der Staat schuldig macht, der aus andern Gründen als Selbstverteidigung in den Krieg eintritt. Der permanente internationale Gerichtshof soll auf Antrag der Signatarmächte zur Entscheidung darüber befugt sein, ob im gegebenen Fall dieses Verbrechen begangen worden ist oder nicht. Jede Angriffshandlung, auch wenn sie nicht zum Kriege führt, sowie die Vorbereitung dazu, soll als gegen das internationale Recht verstoßend gelten.

Als Angriffshandlung gilt jede Anwendung von Gewalt zu Lande, zu Wasser und in der Luft, deren sich ein Staat aus andern Gründen als denen seiner Selbstverteidigung oder des Schutzes von Menschenleben schuldig macht.

Wird durch ein Urteil des internationalen Gerichtshofs ein Staat als Angreifer erklärt, so verliert er alle seine wirtschaftlichen, industriellen und Vermögensrechte im Hoheitsgebiet sämtlicher Signatarmächte, wie auch jeden Anspruch auf einen ihm durch das Völkervertrag oder auf Grund besonderer Abmachungen zugesicherten Schutz sowie auch alle Privilegien.

Jede Signatarmacht ist außerdem verpflichtet, mit dem Angreifer alle Verbindungen abzubrechen. Darüber hinaus ist der Vertrag durch den Abschluß besonderer Unterstützungsverträge zwischen den einzelnen Mächten gesichert, die unter dem besondern Schutz des Völkerbundes gestellt werden sollen.

## Sprengstoffprozeß in Stendal.

sp Berlin, 28. August. Am Mittwoch wurde die Mehrzahl der Kommunisten, die seit Kriegszeit unter dem Verdacht verhaftet worden waren, bei der Einweihung des Potsdamer Garde-Korps-Denkmal ein groß angelegtes Bombenattentat geplant zu haben, aus der Haft entlassen. Lediglich ein Kommunist Sommerfeld, bei dem Sprengstoffe gelagert haben sollen, wurde noch in Haft gehalten. Der Prozeß wird in etwa 4 Wochen in Stendal stattfinden, wobei sich erweisen wird, was an dem Plane tatsächlich war, und ob die beteiligten Kommunisten nicht Spikeln auf den Leim gegangen sind.

Sicherheiten für die Räumung des Ruhrgebiets usw. geschaffen würden, die gegenwärtig noch vermehrt werden. Vom Standpunkte der Regierung und der Regierungsparteien aus wird genau entgegengesetzt erklärt, die Regierung sei bereit, in diplomatische Verhandlungen über die Schaffung derartiger Sicherheiten einzutreten, nachdem die Gutachtenes angenommen worden sind. Auf Grund der Stimmung, die gestern abend im Parlament herrschte, kann man feststellen, daß gegenwärtig noch keine Brücke zwischen diesen beiden verschiedenen Meinungen besteht. Infolgedessen hat der Parlamentarismus, der im Hinblick auf eine glatte Lösung der Abstimmungsfrage herrschte, wieder zugenommen.

Im deutschnationalen Kreise selbst glaubt man gegenwärtig jedoch nicht, daß die Regierung wirklich zur Auflösung des Parlaments schreiten werde.

Ueber die Haltung der Deutschnationalen verläutet, daß sie die deutsch-völkischparteilichen Anträge zwar annehmen (wie dies bei der zweiten Lesung bereits geschehen ist), aber darüber hinaus die Annahme der Gesetze selbst bevorzugen, wenn die deutschnationalen Ergänzung- und Sicherungsanträge, die morgen eingebracht werden, wie anzunehmen, von den übrigen Parteien des Hauses abgelehnt würden.

Die Deutschnationalen erwarten von der Regierung, daß sie, ohne den Reichstag aufzulösen, sofort in diplomatische Verhandlungen mit der Entente eintritt, um alle die Sicherungen zu erreichen, die der Abg. Heriot in seiner Rede als unbedingt erforderlich bezeichnete. Dann könnte, so meint man in diesen Kreisen, eine erneute Beratung des Eisenbahngesetzes stattfinden, die dann voraussichtlich zu einer Annahme führen würde.

In den Kreisen der Mittelparteien und der Regierung erklärt man diesen Weg für ungangbar, weil die Reparationskommission im Fall einer Nichtannahme des Eisenbahngesetzes höchstwahrscheinlich den ganzen Komplex der Londoner Abmachungen nicht in Kraft setzen würde, so daß auch sämtliche in Aussicht genommenen Fristen noch nicht zu laufen beginnen würden.

Es wäre Pflicht der Regierung gewesen, den Deutschnationalen zu sagen, daß ihr Blinderhüchspiel in einer Schicksalsfrage des ganzen deutschen Volkes so notwendig ist, daß ihm schleunigst ein Ende gemacht werden muß. Nachdem bei der Abstimmung in der zweiten Lesung die Mehrheit für das Eisenbahngesetz nicht hergestellt war, konnte und mußte die Regierung erklären, die Weiterberatung ist zwecklos, eine Verschwendung kostbarer Zeit, denn es müsse als unmöglich angesehen werden, daß verantwortungsbewußte Abgeordnete am Donnerstag oder Freitag einem Gesetz zustimmen würden, das sie am Mittwoch abgelehnt haben. Wesentliche Abänderungen des Gesetzes seien aus außenpolitischen Gründen unmöglich und so bleibe nichts übrig, als den Reichstag aufzulösen und das deutsche Volk aufzufordern, einen Reichstag zu wählen, der bereit ist, der Regierung zu folgen.

Als einen Grund mehr zur sofortigen Auflösung dieses Reichstags konnte die Regierung das Schandstück angeben, das Völkische und Kommunisten aufgeführt haben.

Die Regierung hat den Mut — sofern zu solchem Handeln überhaupt Mut gehört! — nicht aufgebracht; aber niemand wird behaupten können, daß sie damit den Glauben an ihre Führerschaft und staatsmännische Begabung gestärkt habe. Stresemann, der Parteiführer, hat vergessen, daß er auch noch Außenminister ist.

## Depeschen.

### Erweiterung des Völkerbundes.

Ab London, 28. August. Der diplomatische Berichtstatter des Daily Telegraph“ erzählt, daß Lord Forster nach wie vor wünsche, in Genf einen Plan betreffend die Erweiterung und Demokratisierung des Völkerbundes einzubringen. Nach diesem Plan sollen die Mitglieder des Senats von 10 auf 18 erhöht werden und es sollen darin Sitze für Deutschland und später für Rußland vorgesehen werden.

### Japan unterzeichnet das Londoner Abkommen.

Ab Paris, 28. August. Nach einer Japanmeldung aus Tokio hat die japanische Regierung ihren Botschafter in London, Baron Hayashi, beauftragt, das Londoner Abkommen im Namen Japans zu unterzeichnen.



Von größter Bedeutung für alle Schichten

der Bevölkerung ist unser groß angelegter

# VOLKSVERSÖRGUNGS-VERKAUF



Durch die Macht des gemeinsamen Einkaufs von ca. 200 gleichartigen Geschäften können wir so niedrige Preise stellen, daß es auch den wenig Bemittelten ermöglicht wird, Anschaffungen guter Qualitätswaren für wenig Geld zu machen.

## Herren-Artikel

- Hosenträger Gummil mit Leder, Paar . . . 68
- Sporttragen weiß Rip . . . . . 35
- Sportjerseiture einfarbig und gestreift . . . 95
- Selbstbinder moderne Streifen . . . 1.45
- Strickbinder Kumpfelbe . . . . . 1.25
- Regatties für Amlege tragen . . . . . 1.45

**Oberhemden** Verkauf mit 1 u. 2 Kragen 6.75 **5.75**

Oberhemdenjerak farbig, mit 2 Kragen Garnitur . . . . . 2.75

## Damen-Wäsche

- Damen-Hemden mit Sobhsaum u. schmalen Trägern . . . . . 1.10
- Damen-Hemden mit Stückerel . . . . . 1.45
- Damen-Hemden Reformschnitt m. Stückerel . . . 1.95
- Heinkleider geschlossen mit Sobhsaum . . . 1.45
- Heinkleider mit Stückerel . . . . . 1.85
- Prinzessrock mit breitem Stückerelvolant . . . 4.75
- Untertailen alle Weiten . . . . . 85
- Mädchen-Hemden mit Stückerel Größe 45 Je 5 cm 20 J mehr . . . 1.30
- Mädchen-Heinkleider Größe 30 Je 5 cm 20 J mehr . . . 1.10
- Knaben-Hemden Größe 50 Bis 70 cm je 5 cm 20 J mehr . . . 1.20

## Taschentücher

- Herrentücher gebrauchsfertig, Stück . . . . . 25
- Herrentücher farbig, Stück . . . . . 28
- Wattiertücher farbig bedruckt . . . . . 48

## Gardinen

- Gardinen Meterware . . . . . Meter 1.25
- Scheibengardinen . . . . . Paar 95
- Madras 130 cm breit hell, dunkel Meter 3.95 1.95
- Schlafdecken 140/190 . . . . . 3.95 1.95
- Perjer-Vorlagen imitiert . . . . . Stück 3.95

Ein Posten **Original-Web-Einfaß-Apparate** Casselle, komplett mit Thermometer **8.75**

Ein Posten **Wannen** verglüt, oval, 70 cm 7.25 65 cm **6.25**

Ein Posten **Roller** rote Ausstärkung . . . . . Stück **2.95**

## Stoffe

- Hemdentuch 80 cm breit . . . . . Meter 75
- Linon 80 cm breit . . . . . Meter 78
- Hemdenflanell zweifach gezaubt . . . Meter 95
- Militär- u. Schlofferflanell . . . 1.20 95
- Belourbardent für Sandsteiber . . . Mtr. 1.25

**Bettbezüge** bunt gebilmt, mit 2 Kissen . . . **8.95**

**Bettbezüge** weiß, mit 2 Kissen . . . 11.50 **9.50**

- Cheviot doppelte Breite . . . . . Mtr. 95
- Frotte mittelfarbig . . . . . Meter 1.85 1.45
- Kleiderstoffe 105 cm breit, reine Wolle Mtr. 1.45

- Blusenstoffe moderne Streifen Meter 1.45 95
- Cheviot reine Wolle, 180 cm breit . . . 3.25 2.75
- Koststoffe 105 cm breit, moderne Streifen 3.50 2.65

## Unterzeuge

- Etwas ganz Besonderes!**
- Herren-Nato-Hemden . . . . . 1.95
  - Herren-Einfaß-Hemden . . . . . 2.25
  - Damen-Schlupshosen feinfarbig . . . 1.25 95
  - Damen-Schlupshosen farbig, schwere Winterware . . . 1.95

- Herren-Normal-Hosen jolibe Qualität . . . 2.25
- Herren-Normal-Hemden m. dopp. Brust 2.65
- Kinder-Unteranzüge grau, Winterware 1.65 1.45 1.25
- Kinder-Schlupshosen farbig, schwere Winterware . . . 1.45 1.25
- Damen-Korsettshoner . . . . . 95

## Sportwesten

Ein großer Posten für Herren und Damen 13.50 **9.75** für Kinder in vielen Farben 8.75 7.50 6.90

## In unserer Haushalt-Abteilung

- ### Porzellan
- Goldrand-Tassen . . . . . Paar 25
  - Speise-Zeller steif und flach . . . . . Stück 25
  - Goldrand-Zeller 19 cm . . . . . Stück 35
  - Kaffee-Service 9 Teile . . . . . 3.50 3.10
  - Kaffee-Service 5 Teile . . . . . 1.65 1.25
  - Abendbrot-Zeller 19 cm indisch blau Stück 35
  - Tassen weiß, mit Untertassen . . . . . Stück 12
  - Milchgießer . . . . . Stück 29 15
  - Kaffee-Kannen weiß, für 6 Personen . . . 1.25
- ### Glas
- Kompotteller Preßmuße . . . . . 12
  - Butterglöden griße Bekk . . . . . 48
  - Rüfiglöden mit Zeller . . . . . 85
  - Kompotts Glas 5 Stück . . . . . 1.95

- ### Emaile
- Kaffeekannen weiß 18 cm 2.95, 14 cm . . . 1.65
  - Waschbecken mit Napf, weiß . . . . . 1.65 1.25
  - Zeigbüchlein farbig, 36 cm . . . . . 1.95
  - Schüssel weiß 38 cm . . . . . 1.45
  - Wasserteifel 26 cm 2.95, 24 cm . . . . . 2.65
  - Nachtgeschirre weiß, 20 cm . . . . . 95
  - Eimer 28 cm, weiß . . . . . 1.75
  - Bratpfannen mit Stiel . . . . . 95
  - Suppentellen weiß, groß . . . . . 48

## Strümpfe

- Damen-Strümpfe schwarz Fior, engl. lang 38
- Damen-Strümpfe Fior, Schwarz u. farbig, Doppelsohle u. Sochferse 68
- Damen-Strümpfe Katta, Doppelsohle und Sochferse, Wm. u. farb. 95
- Damen-Strümpfe Ia. Seidenfioe, Doppelsohle u. Sochferse, schm. 95
- Damen-Strümpfe Ia. Kunstfioe, in vielen Modefarben . . . . . 1.45

Ca. 10000 Paar **Damen-Strümpfe** mit kleinen Schußheitsfehlern in Baumwolle schwarz u. farbig Paar 48 **25** in Kunstfioe schwarz . . . Paar **95**

- Herren-Socken Fior, verstärkte Ferse und Spitze 48
- Herren-Socken baumw., starke Qual., Spitze und Ferse verstärkt . . . . . 58
- Herren-Socken Satzwolle, gewebt, grau . . . . . 68

## Handarbeiten

- Küchenhandtücher gezeichnet . . . . . 95
- Mitteltdecke schwarz, 65x65, gezeichnet . . . 95
- Kaffeemüße schwarz, grau und weiß gez. . . 95
- Riffen grau oder weiß gezeichnet . . . . . 95
- 2 Nühtischdecken gezeichnet . . . . . 95
- 6 Taschentücher gezeichnet . . . . . 95
- 4 Quadrate gezeichnet . . . . . 95
- 5 Meter Küchenzante gezeichnet . . . . . 95

## Schürzen

- Wiener Schürzen bunt, Kretonne . . . . . 1.10
- Wiener Schürzen Blaudruck . . . . . 1.45
- Wiener Schürzen gestreift, weite Form . . . 1.95
- Zumber-Schürzen bunt . . . . . 1.95
- Blusen-Schürzen weite Form, gestreift . . . 2.95

**Kinder-Schürzen** 95 bunt und gestreift, 40 cm. Je 5 cm 20 Pfa. mehr.

## Seifen

- Zahnbürsten mit 12 Gebtern . . . . . 80 12
- Frissertämme . . . . . 50 85 28
- Haarspangen, moderne Muster . . . . . 48
- Blumen-Seife, verschiedene . . . . . 14
- Frömbliings Beke Regel . . . . . 30

Unsere Schaufenster zeigen einige Beispiele unserer Preiswürdigkeit!

# R. WITTKOWSKI

Breiteweg Nr. 61

## Frauen u. Mädchen Die Frauenwelt

ist euer Blatt.

Verlangt Probenummern bei eurer Zeitungsträgerin.

**Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg**  
Große Münzstraße 3.

### Billigste Fleischofferte!

Freitag und Sonnabend empfehle

- Frisches Rindfleisch Pfund 0.70 bis 1 Mtr.
- festes Kalbfleisch
- festes Hammelfleisch Pfund 0.80 bis 1 Mtr.
- festes Schweinefleisch Pfund von 80, an

**Richard Bosse, fir. Marktstr. 20.**

Die gesetzliche Miete für September 1924 bleibt dieselbe wie im August, nämlich 58 v. H. der reinen Grundmiete (1. 7. 1924). Die Schönheitsreparaturen sind vom Mieter selbst zu bestreiten.

Schönebeck, den 26. August 1924.  
Der Magistrat.

Der Verkauf der diesjährigen Grundmündung von städtischen Wiesen findet am Montag den 1. September 1924, vormittags 9 Uhr, öffentlich meistbietend statt. Veranmeldungsfrist: 27. August. Die Bedingungen werden vor Ort bekanntgegeben.

Schönebeck, 27. August. Der Magistrat.

Der Schlosser Walter Käßeler von Magdeburg als Geschäftsführer für die Sommermonate beauftragt.

Schönebeck, den 25. August 1924.  
Der Magistrat

### Allgemeine Ortskrankenkasse Magdeburg

Am Freitag den 5. September, abends 7 1/2 Uhr, im Verkehrsraum der Stadtkasse, im Erdgeschoß, außerordentliche Sitzung des Ausschusses.

Tagesordnung:

1. Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden.
2. Berichterstattung über die Tätigkeit des Ausschusses im vergangenen Jahre.
3. Verschiedenes.

Die Vertreter werden hiermit gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 1 der Statuten eingeladen und um pünktliches Erscheinen gebeten. Etwaige Anträge sind bis 27. August 1924, 7 Uhr, bei der Geschäftsleitung schriftlich bekanntzugeben.

Der Vorsitzende des Vorstandes,  
Er. Dreßler.



Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Wirtschaftspolizei und Wirtschaftsförderung?

Das Reichswirtschaftsministerium hat sich an-
gestrichelt der schlimmsten Wirtschaftskrise zu Erhebungen z. T. sta-
tistischer Art beauftragt gesehen, um die Ursache der Krise fest-
zustellen. Viel erörtert wurden die Textil- und Leder-Enquete,
die ja recht weite Kreise interessiert haben. Der Zweck der
Erhebung war, einwandfreies Material zu bekommen, um wirt-
schaftspolitische Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise zu treffen.
Des Vorgehens liegt also durchaus im Interesse der Wirtschaft.
Wenn diese oder jene Erhebung auch nicht den beabsichtigten
Erfolg gehabt hat, wie z. B. die Textil-Enquete, so kann man doch
in Bezug auf äußerst wertvolles Material, das erst die Anord-
nung von Maßnahmen ermöglicht, um die Uebel abzustellen.

Das Vorgehen des Ministeriums hat bis jetzt sehr gute
Erfolge zu verzeichnen, weshalb diese Tätigkeit den Interessenten
ein Dorn im Auge ist. Der Sturm richtet sich besonders gegen
die Lustunförmigkeit. Seit Wochen bringen die Fachzeit-
schriften wütende Angriffe auf das Ministerium. Vor uns liegt
die letzte Nummer der „Textil-Zeitung“, deren Leitartikel unter
der Überschrift „Wirtschaftspolizei und Wirtschaftsförderung?“
über zwei Spalten eine heftige Attacke gegen das Wirtschafts-
ministerium ist, und zwar wird das wahre Bild dahin verzerrt,
als ob unsere Betriebe tagaus und tagein nur die Fragebogen
des Ministeriums, der Landes-, Provinzial-, Bezirks- und öf-
fentlichen Preisprüfungsstellen, der Reichsbank und der Finanzämter
zu beantworten hätten. Der Verfasser des Artikels und die Leute,
die hinter ihm stehen, kommen zu dem Schlusse, daß hier eine
Wirtschaftspolizei eine Kontrolle ausübt, die alles
andere als Wirtschaftsförderung bedeutet.

Die systematischen Angriffe auf das Ministerium tragen die
Gefahr in sich, weite Kreise glauben zu machen, daß diese
ähnliche Vorwürfe wirklich zutreffen. Das ist nicht der
Fall. Die maßlose Ueberreibung zeigt am besten, mit wem
Geistes Kindern wir es zu tun haben und daß es sich um ein
regelrechtes Festschreiben handelt, eine Tätigkeit der Instanzen
des Wirtschaftsministeriums zu unterbinden, die durchaus im
Interesse der Wirtschaft liegt. Gerade die neuerlich einsetzende
Teuerungswelle muß eine Mahnung sein, die Vollmachten der
amtlichen Stellen auf diesem Gebiete ganz gehörig zu erweitern!

Mehrarbeit und Dawes-Plan.

In der sogenannten Denkschrift der Arbeitgeberverbände über
die Arbeitszeit wird immer wieder behauptet, daß es eigentlich
der „Reichsbund“ sei, der Deutschland zur Mehrarbeit zwingt und
die Unternehmer lediglich unter dem Zwange dieses Druckes han-
deln, wenn sie zur Steigerung der Produktion die Arbeitszeit
verlängern, das Zweifelschuldensystem herbeiführen. Die Arbeits-
löhne müßten in Deutschland wesentlich niedriger, die Arbeitszeit
erheblich länger bemessen werden als im Auslande. Den Gewerks-
chaften wird in gut gespielter Entrüstung vorgehalten, daß sie sich
zwar für die Annahme des Dawes-Planes eingesetzt haben, jedoch
die sich angeblich daraus ergebende Konsequenz der Verlängerung
der Arbeitszeit bekämpften.

Es ist nun eine offene Frage, ob die Mehrbelastung des
deutschen Volkes durch den Dawes-Plan nicht auf andre Weise als
durch eine allgemeine große Arbeitszeitverlängerung weitgemacht
werden kann. Nehmen wir nun einmal an, die Unternehmer
hätten recht. Sie wollen bekanntlich einen Normalarbeitsstag von
zehn Stunden. Wie hoch wäre aber die Belastung von Arbeits-
zeit, die im besten Falle durch den Dawes-Plan entstehen könnte?
In der Zeitschrift „Die Weltbühne“ stellt ein angesehen-
er Finanzkritiker, der sich bescheiden unter dem Pseudonym
„Moros“ verbirgt, eine Berechnung auf, wie sich die Be-
lastung durch das Dawes-Abkommen in Arbeitszeit ausdrücken
würde. Dabei ist selbstverständlich Voraussetzung, daß der Aus-
grad der Arbeit infolge der technischen Produktionsbedingungen
während der nächsten Jahre nicht gesteigert wird.

Nach den neuesten Berichten gibt es im Deutschen Reich zur-
zeit 33 Millionen Erwerbstätige. Nimmt man für
jeden von ihnen 300 Arbeitsstage zu je acht Arbeitsstunden an
und die Arbeitsstunden zu je 50 Goldpfennigen — eine gleichartige
Berechnung hat früher Mathenau gemacht —, so würde das für
ganz Deutschland eine Lohnsumme von 40 Milliarden
Goldmark ergeben, bei jährlich rund 80 Milliarden Ar-
beitsstunden. Im ersten Jahr nach dem Inkrafttreten des
Dawes-Planes muß Deutschland etwa 200 Millionen Mark an
Reparationen leisten, das heißt: die durchschnittliche Arbeitszeit
müßte, um diesen Betrag aufzubringen, nur um den 200. Teil
oder um täglich 2 Minuten und 24 Sekunden verlängert
werden. In den folgenden Jahren stellt sich die jährliche Repara-
tionslast nach dem Sachverständigenplan auf etwa 1 1/4 Milliar-
den Goldmark, d. h. auf den Wert von 2 1/2 Milliarden Arbeits-
stunden. Die tägliche Arbeitszeit müßte also um 14,5 Minu-
ten, eine knappe Viertelstunde verlängert werden. Vom ersten
Normalreparationsjahr, voraussichtlich von 1928/29 an, soll dann
Deutschland jährlich 2 1/2 Milliarden Goldmark zahlen oder den
Wert von 5 Milliarden Arbeitsstunden. Und siehe da: Auch das
würde täglich erst eine Mehrarbeit von einer halben
Stunde bedeuten.

Die Berechnung geht von der schematischen Voraussetzung
aus, daß überall gleichmäßig 8 Stunden gearbeitet würde. Das
ist selbst nach Einführung des Achtstundentags niemals der Fall
gewesen, sondern die Notwendigkeit gewisser zeitweiliger Mehr-
arbeit ist auf vielen einzelnen Gebieten anerkannt worden. In
der letzten Zeit aber, in der Hunderttausende von Arbeitern aus
den Betrieben gejagt wurden, weil die Arbeit durch die Unter-
nehmer eingeschränkt wurde, hat man in vielen weiteren Berufs-
zweigen wesentliche Ueberforderung des Achtstundentags diktiert.
Würde man diese berücksichtigen, so wäre der Anteil der Repara-
tionen, der durch Arbeitszeitverlängerung aufgebracht werden
kann, an der Gesamtarbeit noch wesentlich geringer.

Ublauf von Tarifverträgen und Einzelarbeitsvertrag.

Eine wichtige Entscheidung über den Einfluß ablaufender
Tarifverträge auf das Einzelarbeitsverhältnis fällt das Gewerbe-
gericht zu W. Die Goldleitfabrik W. u. K. hatte bei Ublauf des
Reichsmantelvertrages für das deutsche Holzgewerbe im Februar
d. J. eine Änderung der Arbeitsverträge nicht vorgenommen.
Die Verhandlungen, die mit dem Vorsitzenden des Arbeiterrats
gepflogen wurden, führten zu keiner Einigung, so daß, da der
Arbeiterrat eine zivilrechtliche Vertretung der Belegschaft nicht
besitzt, die abgegebenen Erklärungen wirkungslos bleiben mußten.
Als Entlassungen vorgenommen wurden, forderten die Entlassenen
entsprechend den tariflichen Bestimmungen die Bezahlung der
Ferienentgelt. Dies wurde abgelehnt, weil die Firma die Auffassung
vertrat, daß automatisch mit Ublauf des Tarifvertrages auch alle Ver-
günstigungen in Fortfall gekommen seien. Das angezogene Ge-
werbegericht sprach den Arbeitern die geforderten Beträge zu mit
folgender Begründung:

Nach § 1 Abs. 1 Satz 1 der Tarifverordnungs vom 23. Dezem-
ber 1918 erhalten Arbeitsverträge zwischen Arbeitgebern und
Arbeitnehmern durch den Abschluß eines Tarifvertrages denselben
rechtlichen Inhalt wie der Tarifvertrag selbst, sofern nicht Aus-
nahmen gemäß § 2 a. d. O. getroffen werden. Es treten also bei
den Einzelarbeitsverträgen an die Stelle der tariflichen oder ver-
traglich festgelegten Bedingungen die Bedingungen des Tarifver-
trages, ohne daß es einer zwingenden Aufkündigung dieser Einzel-
arbeitsverträge bedarf. Diese durch den Abschluß eines Tarif-

vertrages bewirkten automatischen Veränderungen der Einzelarbeits-
verträge gelten aber nicht bei der Aufhebung von Tarifverträgen.
Derartige Aufhebungen haben nicht ohne weiteres zur Folge, daß
an die Stelle der bisherigen tarifvertraglichen Bestimmungen
nimmend die gesetzlichen oder vor Abschluß des Tarifvertrages
geltenden besondern vertraglichen Bestimmungen in Kraft treten.
Diese gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen können viel-
mehr erst dann Geltung erhalten, wenn Arbeitgeber oder Arbeit-
nehmer von dem ihnen mit dem Aufheben des Tarifvertrages zu-
stehenden Rechte freier Vertragsabmachungen Gebrauch machen
und die Einzelarbeitsverträge mit dem durch den Tarifvertrag be-
dingten Inhalt kündigen.

Eine derartige Kündigung ist im vorliegenden Falle nicht
erfolgt. Insbesondere gelten die Verhandlungen, welche die Be-
klagte mit ihrem Arbeiterrat gepflogen hat, den Klägern gegenüber
nicht als rechtmäßige Kündigung, da der Arbeiterrat nach § 78 des
Betriebsrätegesetzes nicht ohne besondern Auftrag be-
rechtigt ist, für einzelne Arbeiter Kündigungen anzunehmen.

Danach haben den Klägern gegenüber die Bestimmungen
des Tarifvertrages als Bestimmungen der Einzelarbeitsverträge
weitergekökelt. Dementsprechend können auch die Kläger den ihnen
nach diesen Bestimmungen zustehenden Anspruch auf Urlaub und
Urlaubsgeldanspruch geltend machen. Die nach dem Tarifvertrage
für den Geldanspruch maßgebenden Bedingungen sind erfüllt, und
die rechnerischen Unterlagen sind nicht bestritten. Deshalb war
die Beklagte dem Klageantrage entsprechend zu verurteilen, an den
Kläger 5.744 Mark, an die Klägerin N. 12.10 Mark und an die
Klägerin S. 7.36 Mark zu zahlen. Die von der Beklagten erhobene
Widerklage, festzustellen, daß am 16. Februar 1924 ein neues
Arbeitsverhältnis begonnen habe, in dem nur die tariflichen Be-
stimmungen Maß gegriiffen hätten, ist unzulässig, da einmal dieser
Widerklageantrag sich sachlich mit dem Klageabweisungsantrage
deckt und im übrigen auch die Beklagte den Klägern gegenüber über
den Rahmen des Klageantrages und des Klageabweisungsantrages
hinaus kein weiteres Interesse an der alsbaldigen Feststellung des
Rechtsverhältnisses hat.

Hiernach ist überall, wo nicht durch ordnungsmäßige Kündi-
gung das Einzelarbeitsverhältnis gelöst und ein neues unter ver-
änderten Bedingungen abgeschlossen wurde, der Ferienanspruch be-
stehen geblieben. Ebenso sind die sonstigen Vergünstigungen des
Reichsmantelvertrages, Tarifuntergrenze, Montagezuschläge usw.,
in solchen Fällen nach wie vor in Kraft.

Anders ist die Rechtslage, wenn durch Kündigung oder Ein-
schlag in Betriebe eine Veränderung der Arbeitsverhältnisse erfolgt
ist. Hier besteht der Ferienanspruch nur in der Höhe, wie er beim
Ublauf des Vertrages bestand. Da den Unternehmern des Holz-
gewerbes freigesteht, den Urlaub in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Ok-
tober zu gewähren, wird der Anspruch bei Entlassungen oder bei
Weiterbeschäftigung erst in den letzten Oktobertagen, fällig. Wir
erfuchen unsere Kollegen, überall zu diesem Zeitpunkt den Urlaub zu
fordern und bei Ablehnung gerichtliche Entscheidung herbeizuführen.

Werbt unermüdllich!

In Werkstätten, Betrieben, Bureaus, bei geselligen
Zusammenkünften, in jedem Haus, in jeder Hütte
müssen wir anklingend wirken für die Sozialdemokra-
tische Partei und die „Volksstimme“. Nur mit der
Erstarkung unserer Partei und ihrer Presse wächst der
Einfluß auf die Gestaltung der politischen und wirt-
schaftlichen Verhältnisse Darum

sei jeder Agitator!

Erste Reichskonferenz der Arbeiterkinderfreunde.

Anfang August tagte die konstituierende Versammlung der
deutschen Arbeiterkinderfreunde unter Teilnahme von 46 Dele-
gierten und zahlreichen Gästen als Auftakt zur sozialistischen
Kulturwoche in Leipzig. Das Ergebnis der Konferenz war, trotz
aller gegenteiligen Meinungen, die Lösung der ihr gestellten Aufgaben
im Sinne der praktisch in unserer Bewegung Arbeitenden.

Die Kinderfreundebewegung ist von nun an ebenso wie z. B.
die Arbeiterjugend eine selbständige Bewegung. In die bis-
herige Reichsarbeitsgemeinschaft — 1 Praktiker war bisher in ihr
— sind jetzt 7 weitere Praktiker aus dem Reiche getreten, neben
denen 6 Organisationsvertreter stehen. Außerdem ist der Er-
ziehungsverein als örtliche Grundlage der Bewegung ausdrücklich
anerkannt worden.

Selbständigkeit verträgt sich für sie wieder ebenso wie für die
Arbeiterjugend sehr gut mit engstem Zusammenwirken mit allen
an ihrer Arbeit interessierten Organisationen. Deshalb behalten
Partei, Gewerkschaften, Arbeiterwohlfahrt, Bildungsausschuß,
sozialdemokratische Lehrerschaft und Arbeiterjugend Sitz und
Stimme in der neuen Reichsarbeitsgemeinschaft. Deshalb wurde
beschlossen, daß die Funktionäre Mitglieder der Partei oder einer
sozialdemokratischen Jugendorganisation sein müssen, und daß die
Mitglieder nicht einer gegnerischen politischen Partei angehören
dürfen. Der Parteivertreter erklärte sich unter diesen Umständen
mit der Gründung selbständiger Erziehungsvereine einverstanden.
Die bisherigen, im Geff 7 der Arbeiterbildung verbrieflichten
organisatorischen Richtlinien und Musterfassungen wurden ent-
sprechend in ihren wesentlichen Teilen abgeändert.

Nur noch einiges über den Verlauf der Tagung! Genosse
Lohmann gab den Arbeitsbericht. Die Zahl der Kinderfreunde-
gruppen ist im Reich auf etwa 70 gestiegen, die z. T. erst vor kurzem
gegründet worden sind. In 17 meist größeren Orten gibt es
selbständige Erziehungs- oder Elternvereine wie in Kiel und
Magdeburg. Dann wurde die Aussprache durch den Verammlungs-
leiter, den Leipziger Genossen Schlegelmann, eröffnet und die Frage
der Selbständigkeit der Bewegung aufgerollt, die ja die Gemüter
schon seit einem Jahre lebhaft beschäftigt. Am Nachmittag tagte
dann eine Organisationskommission, während Genosse Lohmann sein
Referat über die Aufgaben der Kinderfreundebewegung hielt.
Er betonte, daß wir den Kampf zu führen haben gegen die bürger-
liche Ideologie innerhalb der Erziehung des proletarischen Nach-
wuchses, innerhalb der Arbeiterfamilie, wo noch immer die Autori-
tät des Stärkeren gegenüber dem Kinde herrscht, draußen in der
Schule, wo die Kirche an der geistigen Knechtung unseres Nach-
wuchses arbeitet. Postiv haben wir daran zu arbeiten, daß in
unserem Nachwuchs sozialistischer Geist verankert und gefestigt
wird. Wegen vorgerückter Stunde wurde die Aus-
sprache beschlossen, die Konferenzteilnehmer kauften den einleitend
erläuterten Vorschlägen eines Kasperletheaters.

Am Vormittag des 3. August fand die Schlußsitzung statt.
Genosse Wams (Hamburg) teilte die Vorschläge der Organisations-
kommission mit, die Punkt für Punkt nach kurzer Debatte von der
Konferenz angenommen wurden. Nach Erledigung der Wahlen
zur Reichsarbeitsgemeinschaft wurde die Konferenz geschlossen.

In der Gewißheit, daß von nun an die praktisch arbeitenden
Kinderfreunde entscheidenden Einfluß in der Reichsarbeitsgemein-
schaft haben und im örtlichen Erziehungsverein die für unsere
Kinderarbeit geeignete Organisationsform gefunden ist, geht der
Verein mit neuer Zuversicht wieder an die Arbeit.
J. P.

Verbandsstag der Schuhmacher.

Am Montag vormittag wurde im großen Saale des Leip-
ziger Volkshauses der 20. Verbandstag des Zentralverbandes
der Schuhmacher eröffnet, der gleichzeitig eine Jubiläumstagung
ist, da der Verband auf ein 40 jähriges Bestehen zurückblicken kann.
Anwesend sind auch die beiden Verbandsveteranen Bod (Gotha)
und Meuß (Münster). Zum ersten Vorsitzenden des Verbandes
wurde Simon, zum zweiten Klein (Dresden) gewählt. Die
Grüße des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes überbrachte
Drummer. Ein Antrag der Ortsverwaltung Weifenfels, Vertreter
des „Allruffischen Lederverbandes“ zuzulassen, wurde zurückge-
wiesen. Anwesend sind auf dem Verbandstag nach dem Bericht der
Mandatprüfungskommission 77 Delegierte, 6 Beobachter und ein
unbevollmächtigter Vorstandsmittglied, der Redakteur der Verbands-
zeitung, der Betriebsratssekretär und der Vorsitzende des Aus-
schusses.

In der Nachmittagsitzung erstattete Verbandsvorsitzender
Simon den Geschäftsbericht und kommt dabei auch auf das Sach-
verhältnismaterial zu sprechen. Die gründliche Prüfung durch
die Gewerkschaften habe ergeben, daß das Gutachten im Interesse
der Arbeiterchaft angenommen werden muß. 1922 wurden vom
Verband 210 Bewegungen durchgeführt, an denen 1309 199 organi-
sierte Schuhmacher beteiligt waren, abgesehen von 36 Aussperrungen
und Streiks mit 6889 Beteiligten. 1923 mußten 532 Bewegungen
mit 102 000 Beteiligten und 8 Aussperrungen, und Streiks mit
791 Beteiligten geführt werden. Im vergangenen Jahre wurden
nur wenige Streiks geführt. Auch in der Schuhmachereindustrie
die Unternehmern gegenüber der durch die Inflation geschwächten
Arbeiterchaft zum Stöße gegen den Achtstundentag aus. In der
letzten Zeit mehrten sich auch im Schuhmacherverband die Fälle, wo
die Kommunisten sich gegen die Beschlüsse der Organisation ver-
stößten, so daß der Vorstand gezwungen war, wegen disziplin-
widrigen Verhaltens verschiedene Mitglieder aus der Organisation
auszuschließen.

Aus dem Klassenbericht ergibt sich, daß das Verbandsvermögen
zurzeit 389 437 Mark beträgt. In den Lokalkassen befinden sich
rund 62 000 Mark, so daß ein Gesamtvermögen von rund 450 000
Mark vorhanden ist. Im 3. Quartal 1924 hatte der Verband
91 477 Mitglieder. Seinen höchsten Mitgliederstand erreichte er
Ende des 3. Quartals 1922 mit 116 946 Mitgliedern. Die Ver-
bandszeitung hat jetzt eine Auflage von rund 90 000. Ueber die
Tätigkeit des Verbandsauschusses berichtete Steiner (Suttgart),
der vor allem das unerhörte Treiben in kommunistischer
Rolle geißelte, die z. B. in Birmensdorf gegen organisierte Ver-
bandsmitglieder in Stokkern vorgingen, und sie selbst mit Lot-
schlag bedrohten. Verschiedene Kommunisten wurden deshalb aus
dem Verband ausgeschlossen.

In der Aussprache über die Berichte vertrat Wöhner (Stutt-
gart) den Standpunkt der kommunistischen Minderheit. Die weitere
Aussprache wurde auf Dienstag vertagt. —

Nachrichten aus der Provinz.

Stadtkreis Burg.

Autoattentat bei Burg. Nachdem erst vor einigen Tagen auf
der Zehlendorfer Chaussee bei Berlin ein Motorradfahrer durch einen über
die Fahrgasse gespannten Draht einen schweren Unfall erlitten hatte,
ist jetzt auf der Chaussee zwischen Keelen und Hoheneichen ein
ähnlicher Vorfall passiert, der glücklicherweise keine schweren Folgen
hatte. Ein Berliner Automobilist fuhr mit seinem Kraftwagen gegen
einen quer über die Straße gespannten Draht. Obwohl
der Fahrer das Hindernis bemerkt hatte, war er nicht mehr in der
Lage, seinen Wagen abzustoppen. Durch den Anprall wurde der Draht,
der vermutlich schlecht gespannt war, zerissen und nur die Karosserie
erlitt einige Beschädigungen. Die Stelle, an der sich der Vorfall zutrug,
ist von den Äälern sehr gut gewahrt worden, da dort dicke Waldungen
rechts und links der Straße sind. Wie gefährlich gerade diese Weg-
strecke augenblicklich ist, geht aus der Tatsache hervor, daß dort kurz
vor dem Unfall ein anderes Automobil mit großen Feldsteinen beworfen
wurde. Bald nach dem Unfall kam noch ein anderes Automobil von
Berlin her; wiederum war das Seil über die Chaussee gespannt. Der
Chauffeur bemerkte aber rechtzeitig die Gefahr und konnte stoppen. In
diesem Augenblick wurde der Wagen aus dem Walde beschossen. Die
Schüsse richteten aber keinen Schaden an. Im Hinblick auf diese
Zustände erscheint es angebracht, daß die Landpolizei erhöhte Auf-
merksamkeit den großen Verkehrsstraßen zuwendet. —

Kreis Zerichow 1.

Vertisch. Wahlvorbereitungen. Am 21. September
finden Kreiswahlen statt. Aus unserm Orte steht Genosse
Ehbrecht an scheidender Stelle der sozialdemokratischen Liste.
Unsre Wählerchaft muß alles daransetzen, daß unser Vertreter
in den Kreisstag gewählt wird. Die Wahl hat eine große Bedeu-
tung, denn durch den Kreisstag werden auch die Amtsvorsteher
gewählt. Es liegt also im Interesse der Arbeiter, die Mehrheit
im Kreisstag durch starke Wahlbeteiligung zu sichern. — Die
Bannerweihe der Parteiorganisation findet am 14. Sep-
tember statt. Jeder muß für immer weitere Ausbreitung der
Sozialdemokratie sorgen. —

Kreis Wangleben.

Groß-Ottersleben. Rentenzahlung. Die Auszahlung
der Sozial- und Kleinrenten erfolgt Freitag den 29. August
von 9 bis 3 Uhr beim Gastwirt Neuberg. —

Klein-Ottersleben. Wichtige Parteifunktionä-
rsitzung am Freitag abend 8 Uhr bei Schütze. —

Unseburg. Eine Parteiverammlung findet am
Sonntag den 30. August, abends 8 Uhr, in der „Grünen Linde“
statt. Es soll Stellung zur politischen Lage genommen werden. Referent
ist Genosse Schumacher. Eämtliche Mitglieder müssen erscheinen.

Wangleben. Zeigt unsre Reichsfarben! Zum Feste
der Reichsfahnenweihe des Reichsbanners am Sonntag muß der
Wangleber monarchistischen Bevölkerung der Beweis erbracht
werden, daß die Republikaner auch in unsrer Kreisstadt erbracht
sind. Aus den Fenstern müssen schwarzrotgoldene Fahnen heraus-
gesteckt werden. Wenn die Mittel zu Stoffahren fehlen, der Kauf
keine schwarzrotgoldene Papierfahnen. Am Sonntagabend werden
arbeitslose Reichsbanner-Kameraden jede einzelne Familie auf-
suchen und solche Fahnen anbieten. Benutzt diese Gelegenheit
und laßt auch dadurch den auswärtigen Kameraden einen würd-
igen Empfang zuteil werden. —

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Dahlenwardeleben. Gemeindevorsteher-Sitzung
am Freitag den 29. August, abends 8 Uhr, im Gemeindegemach. —

Weigendorf. Ortspartei-Sitzung heute (Donnerstag)
abend 8 Uhr. Alle Delegierten müssen erscheinen. —

Kolbitz. Parteiverein. Am Sonntag den 30. August,
abends 9 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine Generalversammlung
der Sozialdemokratischen Partei statt. Es ist unbedingt notwendig, daß
sämtliche Parteimitglieder erscheinen. —

Neuhaldensleben. Elternkreissitzung der Mitt-
elschule. Auf Antrag des Genossen Feldmann fand am Dienstag
eine Sitzung des Elternrats der Mittelschule statt, um zu der
in der letzten Stadtverordneten-Sitzung gegen die Stimmen der
Sozialdemokraten beschlossenen Schulgebäudeerhöhung von 5 Mark auf
6,25 Mark Stellung zu nehmen. Im Laufe eines interessanter
Zahlenmaterials zeigte der Leiter der Schule, Rektor W. a. n. s.
feld, die Zusammenziehung der Eltern der Kinder, welche die
Mittelschule besuchen. Hierbei stellte sich heraus, daß die Eltern



# Republikaner, rüstet zur Kreis-Fahnenweihe in Wanzleben.

der Knaben-Mittelschule zu 81,6 Prozent und die Eltern der Mädchen-Mittelschule zu 78,8 Prozent sich aus der minderbemittelten Bevölkerungsschicht zusammensetzen. Diesen Eltern, welche das Bestreben haben, ihre Kinder etwas mehr lernen zu lassen, als sie selbst während ihrer Schulzeit lernen konnten, wird dies durch die letzte Erhöhung des Schulgeldes zum großen Teil unmöglich gemacht. Der Beschluß hat sich auch schon dahin ausgedehnt, daß zum 1. September 15 Kinder aus der Mittelschule abgemeldet sind. Daß dieser Abgang nicht nur den Kindern, sondern auch den Eltern außerordentlich schwerfällt, dürfte einem jeden einleuchten. Nicht nur die Kinder, sondern auch deren Mütter, welche die Umstellung vornehmen mußten, konnten die Tränen nicht zurückhalten. Nach klaren Ausführungen des Genossen Feldmann über die Unmöglichkeit der Aufbringung des erhöhten Schulgeldes durch die unteren Beamten, Angestellten und insbesondere durch die Arbeiter, wurde einstimmig vom Elternrat beschlossen, beim Magistrat und bei der Stadtverordneten-Versammlung zu beantragen, daß der in der letzten Stadtverordneten-Sitzung gefasste Beschluß rückgängig gemacht wird und daß als Höchstmaß für das Schulgeld der Mittelschule der für Juli maßgebende Betrag von 5 Mark auch weiterhin bestehen bleibt. Nunmehr hat die Stadtverordneten-Versammlung die Entscheidung und die bürgerliche Mehrheit wird beweisen müssen, ob sie für die minderbemittelte Bevölkerungsschicht einzutreten will oder nicht. Unsere Genossen haben bereits in der letzten Stadtverordneten-Sitzung ihren Standpunkt klargestellt und werden das, wenn die Angelegenheit erneut zur Sprache kommt, mit aller Schärfe wiederholen. Mit größtem Bedauern wurde noch davon Kenntnis genommen, daß diese Schulgebührenerhöhung der Stadtverordneten-Versammlung unterbreitet worden ist, ohne daß vorher die Schuldeputation dazu gehört wurde.

**Reinhalten des Lebens.** Der Familienausflug der Partei am Sonntag hat trotz des schlechten Wetters, welches sich gegen Mittag zeigte, einen sehr guten Verlauf genommen. Eine ansehnliche Schar von Parteigenossen zog mit Frau und Kindern in den Wald. Infolge Misse konnte das ursprüngliche Ziel des Ausfluges (Schwemmering) nicht aufgesucht werden, sondern der Ausflug wurde zum Pulverturm geleitet. Die Beteiligung war so stark, wie sie sich in keinem der Vorjahre gezeigt hat. Zur Unterhaltung der Kinder wurden Wettläufe und andre Spiele veranstaltet, wozu sich auch der größte Teil der Kinder der Eltern beteiligten. Öffentlich werden das nächste Mal sämtliche Parteigenossen mit ihren Familien an dem Ausflug teilnehmen. Bei eintretender Dunkelheit wurde mit brennenden Laternen nach Hause marschiert. Für die Partei wurde eine Anzahl Mitglieder neu gewonnen. Genossen und Genossinnen! Sorgt dafür, daß die Veranstaltungen der Partei in Zukunft immer mehr besucht werden, und bringt Freunde unserer Sache mit.

**Dahlewarleben.** Das Landarbeiterfest in Welle am Sonntag und die Bannerweihe nahmen einen guten Verlauf. Die Beteiligung aus dem Orte war sehr gut, auch mehrere Gewerbetreibende und Geschäftsleute hatten sich als Teilnehmer eingefunden. Aus den umliegenden Ortsgruppen waren Delegationen erschienen. Die Weiberzelle hielt Kreisleiter Kahorke. Sie wurde mit großer Begeisterung von allen Beteiligten aufgenommen. Nach der Weihe und Uebernahme des Banners verpflichtete sich die Ortsgruppe, unter diesem Zeichen alles zu tun, was der Würde einer freien Gewerkschaft im Kampfe für die Arbeiterklasse gegen die Ausbeutung durch die Unternehmer entspricht. Die beiden jungen Landarbeiterinnen wurden für ihre pädagogisch vorgetragenen Gebilde durch allseitigen Beifall reichlich belohnt. Der ergatt durchgeführte Umzug durch die Straßen des Ortes, welche mit den Farben der Republik reichlich geschmückt waren, gab dem Feste würdigen Ausdruck.

## Kreis Kalbe.

**Brumby.** Schwarzrotgold heraus! Zum republikanischen Tag am kommenden Sonntag muß unser Ort festlich geschmückt sein. Girlanden und vor allen Dingen schwarzrotgoldene Fahnen müssen angebracht sein, herausgeholt werden. Wer zur Anschaffung einer Stofffahne nicht in der Lage ist, der kann sich schwarzrotgoldene Papierfahnen kaufen. Am Sonntagabend werden arbeitslose Reichsbanner-Kameraden von Haus zu Haus gehen und solche Fahnen zum Kauf anbieten. Die Gelegenheit bitten wir wahrzunehmen, damit auch nach außen hin das Bekenntnis zur Republik deutlich sichtbar wird.

**Eisdendorf.** Die Fahnenweihe der Sozialistischen Arbeiterjugend fand am Sonntag statt. Viele Brudervereine waren vor und fern erschienen. Leider haben noch nicht alle Arbeiter die Bedeutung und die Ziele der Arbeiterjugend erkannt, und auch die Eltern haben das vielfach noch nicht verstanden. Ein Fußballspiel Feldeleben-Eisdendorf gab den Anstoß zum Feste. Nach Begrüßungsworten der Genossen G. W. B. und H. Theneckau trug die Arbeiterjugend die Worte: Wahrheit, Freiheit und Recht vor. Genosse Meißnerfeld (Magdeburg) verband es in trefflicher Weise die Arbeiterjugendbewegung in ihren Kämpfen und Zielen darzustellen. Von Stadt zu Stadt von Dorf zu Dorf ist die Bewegung vorwärts getrieben worden. Gegen Knechtsinn und Unterdrückung wird sich die Arbeiterjugend zur Wehr setzen. Sie wird für Volkserhebung kämpfen. Ihre Parole ist: „Nie wieder Krieg.“ Wahrheit, Freiheit und Recht ist unser Ziel. Ihm soll auch die neue Fahne der Sozialistischen Arbeiterjugend von Eisdendorf entgegengehen. Die Jugend wird fest zur Fahne stehen. Mit dem Liede „Lob Jolejon“ schloß die Weihe. Ein herrlicher Umzug bewegte sich dann durch das Dorf. Mehrere Jungvolktruppen konnten es nicht unterlassen, Sprüche zu sagen. Durch einen Reichsbannermann zur Ordnung gebracht, zogen sie ab und gaben ihrer Lust nur noch von weitem Ausdruck. Für alle Arbeiterkinder sollte die Worte der Weiberzelle ein Ansporn sein, ihre Kinder zur Sozialistischen Arbeiterjugend zu führen. Zusammenkunft an jedem Donnerstag in der Schule.

**Feldeleben.** Eine wichtige Parteiverammlung findet am Freitag den 29. August, abends 8 Uhr, bei R. Sterken statt. Genosse Henneberg (Magdeburg) wird über das Landarbeiter-Kommunen sprechen. Die gespannte politische Lage muß alle Genossinnen und Genossen beschäftigen, vollständig zu erscheinen. Freunde und Gäste sind willkommen.

**Sachsen.** Arbeiterhilfe! Ein heftiges Wort gibt seiner Begeisterung durch Anschlag bekannt, daß von keinem amerikanischen Sozialisten eine Sammlung getragener, gut erhaltener Arbeitskleider für die hiesige Belegschaft zur Verteilung kommen soll. Ist dieses amerikanische Hilfswort volle Anerkennung zu geben, so bedeutet es für das deutsche Unternehmertum einen klaren Sieg. Während dieses fortgesetzt über die hohen Löhne geizt und Rechte der Arbeiterklasse in bewußter Weise zu erschöpfen versucht, bekommen immer amerikanische Bürger

die Bedürftigkeit der deutschen Arbeiterschaft und damit die Unzulänglichkeit der Löhne. Wie soll es da erst bei Kurzarbeitern und Arbeitslosen ausfallen, wenn schon bei voll und zum großen Teil in Afford arbeitender Belegschaft die Bedürftigkeit besteht! Angesichts der viel größeren Not der Arbeitslosen erscheint es angebracht, in erster Linie die Opfer der Januaraussperrung zu belästern, die ja doch beileibe nicht gemäßigert, sondern aus wirtschaftlichen Ursachen nicht wieder eingestellt sein sollen. Arbeiter, ihr habt die Wahl: Entweder Liebesgaben, oder kämpfen für auskömmlichen Lohn und menschenwürdige Zustände mit Hilfe starker Organisationen!

**Uelitz.** Der neugewählte Gemeindevorstand wurde in sein Amt eingeführt; er setzt sich zusammen aus dem Genossen W. Holzhaue als Gemeindevorsteher und den Genossen R. Paulke und W. Peule als Schöffen. Als neue Gemeindevorsteher wurden durch Handschlag die Genossen N. Heinrich und W. Schmidt verpflichtet. Unser Gemeindevorstand setzt sich nunmehr zusammen aus 9 Parteigenossen und 8 Vertretern der bürgerlichen Parteien. Ein Antrag des neuen Lehrers auf Instandsetzung der Dienstwohnung wurde der Baukommission überwiegen. Die Gemeindefandgrube wird durch Gewerkslose in Ordnung gebracht. Sand darf in Zukunft nur noch Mittwoch und Sonnabends abgefahren werden. Es werden erhoben für 1 obm Sand 1 Mark.



Der Riese hat plötzlich das Banner entrollt, Der Stahlhelm erfuhr vor Säure; Er kann sich nicht retten vor schwarz, rot und gold Und sucht nun die Hilfe beim Dred.

## Stadtkreis Ufersleben.

**Ufersleben.** Eine Funktionärsitzung der Partei fand am 25. August in Besthornhaus statt. Sie war sehr gut besucht. Zunächst berichtete man sich mit dem Kasernenstand. Es wurde beschlossen, Sammelstellen herauszugeben. Weiter wurde über die Zeitungsfrage gesprochen. Der Wunsch ging dahin, die „Volkstimme“ noch am Erscheinungstag zu erhalten. Im Anschluß daran wurde über eine Reihe anderer Parteianglegenheiten (Jugendorganisation, Sportvereine, Verhältnisse gegenüber dem Stahlhelm usw.) gesprochen. — In Fernsprechverkehr ist das automatische System (Selbsteinstellung der Anschlußnummer durch den Teilnehmer) eingeführt worden. — Der Bürgermeister Dr. Bunde ist am 23. August in Urlaub gegangen und wird bis zum 30. September, also dem Tage des Ausscheidens aus dem Dienste nicht wieder zurückkehren. Die Vertretung hat Bürgermeister Kleis. — Im Kalimerl Ufersleben ist der volle Betrieb wieder aufgenommen worden, die Betriebsstilllegung dauerte einige Monate. Eine harte Prüfung für die betroffenen Arbeiter.

## Altmark.

**Die großen Wasserschäden in der Altmark.** Wie wir bereits berichteten, sind durch starke Regenfälle in der Altmark große Ueberschwemmungen eingetreten. Am meisten ist wieder das alte Ueberschwemmungsgebiet der Bische heimgejucht worden, d. h. die Gegend im rechten Winkel der Elbe gegenüber der Mündung der Habel in die Elbe. Die kleinen Flüsse Uchte und Biese vor allem waren dem Anbruch der Wassermengen nicht gewachsen, so daß weite Strecken wertvollen Acker und Wiese in dem Gebiet zwischen Werben, Seehausen und Osterburg unter Wasser gesetzt wurden. Nach oberflächlicher Schätzung sollen über 20 000 Morgen Acker und 25 000 Morgen Wiese überschwemmt sein. Etwa 80 000 Morgen haben außerdem noch durch Stauwasser gelitten. Der Schaden, den die Wassermassen auf Acker und Wiesen angerichtet haben, geht in die Millionen und kann noch nicht genau abgeschätzt werden. Eine Hilfsaktion der Regierung hat bereits eingesetzt. Es sind auch Untersuchungen im Gange, wie in Zukunft die fruchtbare Gegend vor neuen Ueberschwemmungen bewahrt werden kann.

**Salzwedel.** Monarchistische Stadtverwaltung. Mit welchen Mitteln in den kleineren Orten ländlicher Gebiete gegen die Republik und die Verfassung von den Behörden gearbeitet wird, kann man an dem Verhalten des Bürgermeisters in dem kleinen Städtchen Buzrom bei Salzwedel erkennen. Die sozialdemokratische Fraktion im Stadtparlament beantragte, daß die Stadtverwaltung die von der Regierung angeordnete Verfassungsfestveranstaltungen möge. Die bürgerliche Mehrheit konnte es aber nicht übers Herz bringen, diesem Antrag zuzustimmen.

Auch der Bürgermeister, der doch verpflichtet gewesen wäre, die Anordnung der Regierung durchzuführen, verhielt sich ablehnend. Ein weiterer sozialistischer Antrag, seitens der Stadt eine schwarzrotgoldene Nationalfahne zu beschaffen, verfiel ebenfalls der Ablehnung. Dieser Antrag wurde sogar nochmals in der folgenden Stadtverordneten-Sitzung wiederholt. Es half aber alles nichts, auch in der zweiten Sitzung kam der Antrag nicht durch. Wenn man auch von der reaktionären bürgerlichen Mehrheit des Stadtparlaments kein Eintreten für die Farben der Republik erwarten kann, so wäre es doch die Pflicht des Bürgermeisters gewesen, der Anordnung der Republik nachzukommen und auf allen öffentlichen Gebäuden am Verfassungstag in den Nationalfarben schwarzrotgold zu flaggen. Aber um diese Anordnung der Regierung hat sich der republikanische Bürgermeister nicht gekümmert. Er hatte Wichtigeres zu tun, und zwar legte er am alten Kriegedenkmal im Namen der Stadt einen Kranz mit großer schwarzweißer Schleife nieder. Will sich die Republik weiter solche Elemente in der Verwaltung von Behörden gefallen lassen?

**Stendal.** Parteigeneralversammlung. Freitag den 29. August, abends 8 Uhr, bei Oeler, Karlstraße. Vortrag des Genossen Ditten über die politische Lage und unsere Aufgaben in der bürgerlichen Organisation. Pflicht der Mitglieder ist es, zahlreich zu erscheinen.

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

**Öffentliche Versammlungen.**  
**Angern:** Freitag den 29. August, abends 8 1/2 Uhr.  
**Wedringen:** Sonnabend den 30. August, abends 8 1/2 Uhr.  
**Safenstedt:** Sonntag den 31. August, abends 8 Uhr.  
 In diesen Versammlungen spricht Kamerad Bernick über das Thema „Schwarz-Weiß-Rot oder Schwarz-Rot-Gold?“. Jeder Mann ist dazu eingeladen. Freie Ansprache. Die Kameraden der umliegenden Ortsgruppen haben diese Versammlungen zu besuchen.

## Fahnenweihe in Wulferstedt.

Es war ein Fest des Volkes und eine Demonstration der Landbevölkerung für die Republik. Das Dorf war festlich geschmückt. Ueberall leuchteten die Farben der Republik. Der Sonnabend gehörte den Jungrepublikanern, die in großer Anzahl aus den Ortsgruppen zusammengekommen waren. Die Jungrepublikaner Magdeburgs trugen Karl Brögers „Geldbrot“ und die beiden Rieder „Wenn wir schreiten Seit an Seit“ und „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ vor. Die „Kreuzabnahme“ von Karl Brögers machte einen überwältigenden Eindruck auf die Zuhörer. Auf dem Festplatz wurden dann die Fahnen angezündet. Kamerad Schumacher hielt die Feuerrede und gedachte der Gefallenen. Wir Lebenden wollen unsere Kraft zusammenraffen für die Republik. Dann wurde das Zeichen der Reaktion, ein großes Hafentkreuz, verbrannt. Ein Sprechchor trug noch Brögers „An die Republik“ wirkungsvoll vor. Mit dem Gesang des 3. Verses des Deutschlandliedes schloß die Sonnabend-Veranstaltung.

Zur Fahnenweihe am Sonntag war ein ungeheurer großer Zug angetreten. Oberbürgermeister Weims (Magdeburg) hielt die Weiherede. Kamerad Schumacher gab das Kreuzgebänd für die Republik im Namen der Teilnehmer ab. Folgende Telegramme wurden abgefaßt:

Reichspräsident Ebert, Berlin.  
 4000 in Wulferstedt versammelte republikanische Landbewohner des Kreises Ufersleben versichern unerschütterlich Reichsbanner Wulferstedt.

Oberpräsident Hönning, Magdeburg.  
 Baldige Genesung unserem Führer. 4000 in Wulferstedt versammelte Bannerleute des Kreises Ufersleben schwören Republik und Führer Treue. Reichsbanner Wulferstedt.

Dann ging es mit der neugewählten Fahne zum Kriegedenkmal. Die 30 Fahnen nahmen Aufstellung um das Denkmal. Nachdem „Lob Jolejon“ verklungen war, hielt Kamerad Köber eine ergreifende Gedenkrede für die gefallenen Kameraden. Drei Kranze wurden niedergelegt. Unter den Klängen des alten Soldatenliedes „Ich hatt' einen Kameraden“ senkten sich die Fahnen. Wir Lebenden aber wollen schwören, daß wir treu zur Republik stehen wollen. Mit dem 3. Verse des Deutschlandliedes erreichte die Gedenkrede ihr Ende. Der gewaltige Festzug durch das Dorf machte einen starken Eindruck auf die Bevölkerung, nicht zuletzt auf unsere Gegner.

Vom Reichspräsidenten Ebert ging folgende Antwort auf das Telegramm ein:

Mit herzlichem Dank für das Kreuzgebänd wünsche ich dem Reichsbanner besten Erfolg.  
 Reichspräsident Ebert.

**Larthun.** Am Sonnabend abend findet im Blümes des Sold eine Mitgliederversammlung des Reichsbanners statt. Alle Kameraden müssen der wichtigen Tagesordnung wegen erscheinen. Es gilt Stellung zu nehmen zur Fahnenweihe in Wanzleben und zur Fahnenweihe in Groß-Dittersleben.

**Burg.** Zu der heute (Donnerstag) abend in Krauses Restaurant stattfindenden Mitgliederversammlung des Reichsbanners ist es Pflicht eines jeden Mitglieds, zu erscheinen.

**Gerwisch.** Die Kameraden werden schon fest darauf hingewiesen, daß im Laufe der nächsten Woche eine Gründungsversammlung in Kriebitz stattfinden wird. Wir nehmen geschlossen daran teil. Ebenfalls nehmen die Kameraden an der Fahnenweihe in Biederitz am 7. September teil.

**Eisdendorf.** An der Bannerweihe am Sonntag in Brumby nimmt die Ortsgruppe teil. Alle Kameraden müssen daran teilnehmen. Sammeln für den Fußtrupp um 12 Uhr, für die Radfahrer um 12 1/2 Uhr im Lokal von Schmidt. Abgehenden Kameraden und Jahrgangsfahnen sind beim Kassierer Kamerad F. Müller zu haben. Die Pünktlichkeit und reifliches Erscheinen ist ermahnt.

**Langerhütte.** In einer stark besuchten öffentlichen Versammlung sprach Kamerad Fezon über die Notwendigkeit des Zusammenstehens aller Republikaner im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen. Eine erhebliche Anzahl Republikaner meldete sich zum Beitritt. Es schloffen wurde, an den Veranstaltungen in Ueg und Stendal teilzunehmen. Die von der republikanischen Jugend spontan vorgetragene Weihe der Republik fanden begeisterte Aufnahme. Die Versammlung wurde mit einem kräftigen Frei Heil! auf die Republik geschlossen.

# Dixie

## Henkel's Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und von ausgezeichneter Waschwirkung!

**Wichtiges Brenholz**  
 (Pantinenabfuhr) liefert wieder, wie bei der Triessgasse, 105 bis 106 an frei Keller  
 Wilhelm Rohmann, Salzbrücker Str. 29, Fernruf 7116.  
**Wahmaschinen**  
 kauft gegen Schillingert, Sebes, Fäbender Str. 9.



Am Matteottis Leiche.

Man hat es eilig gehabt, Matteotti zu begraben, furchtbar eilig. Zwei Monate hat er ohne Grabstätte bleiben können, den Raubtieren preisgegeben und den noch schlimmeren Menschen, aber dann mußte er schnell in die Grube, ganz schnell in der Nacht mußte er fort aus dem kleinen Friedhof von Miano, ein laufendes Automobil mußte ihn noch einmal verschleppen, von Karabinieri eskortiert; nur schnell mußte es gehen, ganz schnell, denn die Angst vor der Leiche überwog alles: Menschlichkeit und Vernunft, Anstand und Würde.

Es muß etwas Furchtbares sein um diese panische Angst, die für die Regierung von dem Toten ausging. Für Mussolini und die Seinen schien diesmal ihr Höchstes auf dem Spiele zu stehen, ihre Machtstellung, die der Ermordete bedrohte, unerbittlich, wie sie der Lebende bedroht hat. Also, schnell fort mit der Leiche, damit sich nicht die unübersehbaren Massen um sie scharen, die nach Millionen zählende Menge derer, die unendliches Erbarmen bewegte über die Qual dieses Endes, unendliche Dankbarkeit für die Größe dieses Bekenntnisses, unendlicher Abscheu für die feige Niedrigkeit dieses Verbrechens. Das Volk Italiens sollte es nicht wissen, daß ein nächstlicher Schnellzug die Ueberreste Giacomo Matteottis nach langem Herumirren heimwärts brachte; es sollte es nicht wissen, denn sonst wären alle Blumen des Landes auf den Schienenweg gestreut worden, aus den einsamsten Flecken wäre man zur Bahn gepilgert, um den Zug mit dem Toten zu ehren, Männer, Frauen und Kinder hätten am Wege gekniet, segnend und verwünschend. Aber die, gegen die sich die Verwünschungen richteten, haben Angst gehabt, Angst vor dem Toten und seiner Forderung an die Lebenden. So hat man die Leiche durch Italien gehetzt, in dem fürchten Wahne, sie loszuwerden, wenn man nur schnell den Grabstein über sie senkte.

So hat die Regierung zum zweitenmal „die Fische angestemmt“, wie die vornehme Formel Mussolinis lautet. Und es ist vorzüglich gelungen, ein polizeitechnischer Triumph: man hat rote Schleifen beschlagnahmt mit unpassenden Inschriften, bei einem Haare hätte man es sogar fertiggebracht, die sozialistischen Abgeordneten, die die Leiche begleiten sollten, von der Abänderung der Stunde der Abfahrt erst zu benachrichtigen, nachdem der Zug fort war. Matteotti ist als ein Namenloser das letzte Mal durch Italien gereist.

Die Witwe Matteottis hatte gewünscht, daß die Leiche in der Heimat des Ermordeten, in Tratta Polesine, beigelegt werde, wo er geboren ist. Die Regierung war aber fest entschlossen, nicht zu dulden, daß der Trauerzug Rom berühre. Womit sollte man aber den Willen dieser Frau brechen, die ein Panzer ungeheuren Leidens gegen jede menschliche Drohung fruchtlos machte? So appellierte man an das Mitleid der Leidenden: man insinuierte, daß die Sozialisten bei dem Zuge durch Rom ein Blutbad heraufbeschwören würden. Und so verzichtete die Witwe darauf, ihren Toten über Rom zu geleiten, damit nicht neue Witwen neuen Toten des Faschismus das Geleit geben müßten. Aber sie sendete dem Minister des Innern einen Brief, in welchem sie sich jede Mitwirkung faschistischer Miliz oder anderer faschistischer Elemente bei der Ueberführung verbat.

Der Minister versprach. Er gab aber um 14 Uhr nachmittags den Befehl, daß er alles bewillige, nur habe die Abfahrt nicht erst am nächsten Morgen, sondern am demselben Nachmittag um 5 Uhr 40 Minuten von Monterotondo aus zu erfolgen. Da die Witwe mit hohem Fieber

im Bette lag, konnte sie zur festgesetzten Stunde nicht reisen. Man schämte sich sogar nicht, in den faschistischen Zeitungen eine falsche Abfahrtsstunde bekanntzugeben, und zu versuchen, den Vertretern der sozialistischen Parlamentsfraktion das rechtzeitige Einfinden in Monterotondo unmöglich zu machen. Um 3 Uhr erschien ein Wagen der Polizei mit zwei andern Kraftwagen, in denen je 50 Karabinier waren, um mit einem Schreiben der Präsektur die Leiche von Miano zu beheben, von wo es in rasendem Laufe nach Monterotondo ging. Der Lote hatte Eile — die Toten hatten Eile.

In Monterotondo waren mit knapper Not die Vertretungen des Senats und der Kammer eingetroffen, denen man den bereits versiegelten Waggon vorwies. Die Senatoren und Abgeordneten ließen den Waggon entriegeln, um die Kränze der beiden Parlamente neben den Sarg niederzulegen. Dann kam der Schnellzug, der Wagen mit dem Toten wurde angekoppelt, die Verwandten und die sozialistischen Abgeordneten stiegen ein und es ging fort, in fliegender Hast, während die zurückgebliebenen Abgeordneten, Eisenbahner und Journalisten niederknieten.

Es war gut, daß die Witwe im Fieber in Rom lag und nicht der Leiche folgen konnte. So blieb es ihr erspart, in Bologna von einigen fünfzig Faschisten angepöbelt zu werden, die in den Bahnhof gedrungen waren, obwohl die Bewachung streng genug war, um die Vertretung der sozialistischen Sektion der Stadt auszusperrern und ihr den roten Kranz zu entreißen.

Als letzte Polizeimaßregel wollte man den Friedhof durch Kordons von Karabinier und Truppen sperren, nachdem die Angehörigen und die wenigen Behörden eingelassen waren, aber diese Vorsicht wurde vereitelt. Die tausendköpfige, vorwiegend aus Landarbeitern bestehende Menge, schob mit ruhiger Entschlossenheit die Truppen beiseite: „Es ist unser Märtyrer, er ist für uns gestorben, für unsre Freiheit, laßt uns hinein!“ Die Truppen weichen zurück, die Menge ergießt sich in den Friedhof. Und auf einmal ertönt der Ruf: „Hoch Matteotti!“ Acht junge Arbeiter, die den schweren Eichenjarg, in dem ein Metallkran eingehängt ist, auf den Schultern tragen, heben den Sarg empor mit einer machtvollen Bewegung der Arme, so daß er dreimal sonnenwärts gehoben wird, wie ein Weihgeschenk, während die Menge dreimal ruft: „Hoch Matteotti!“

So ist der Kämpfer eingegangen in den Frieden, der Verbannte ist der Heimaterde zurückgegeben. In einem aus dem Jahre 1914 stammenden Testament hat Giacomo Matteotti sein ganzes Vermögen — sein Vater war ein reicher Grundbesitzer — den Landarbeitern hinterlassen. Die Mörder oder die, die seine Leiche versteckten, haben seinen Leib aller Kleider entblößt; was er an materiellem Besitz hatte, hinterläßt er den Arbeitern. So ist Giacomo Matteotti wirklich „nach ans Ziel gekommen“. Naht und bloß, aber unsichtbar. . . .

Preiszwang in der freien Wirtschaft.

Als die Privatwirtschaft ihren Sturmlauf gegen eine planmäßige, auf unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Rücksicht nehmende Produktion, die demagogisch als Zwangswirtschaft abgestempelt wurde, begann, berief sie sich darauf, daß jeder Zwang die Steigerung der Erzeugung hindere und hemme. Es ist ihr auch gelungen, die Ansätze einer planmäßigen Wirtschaft zu vernichten. Der Erfolg ist die Dauerkrise. Sie offenbarte die Unfähigkeit der Gegner der Planmäßigkeit der Wirtschaft, die Dinge zu meistern.

Bei der ganzen Entwicklung hat das Preisproblem eine Rolle gespielt. Weil die deutschen Preise zu hoch waren, konnte nicht exportiert werden. Die Preise wurden aber hoch gehalten

— durch ein Zwangsrecht, das sich die Gegner der Zwangswirtschaft selbst schufen. Die „Wirtschaftsfreiheit“ wurde zur Wucherfreiheit. Zwei Beispiele:

Ein Berliner Schuhmachermeister, der hauptsächlich für Arbeiterlundschaft arbeitete, unterschritt die von der Innung festgesetzten Richtpreise für Besohlen von Schuhen um etwa 80 Prozent und machte dies durch Aushang bekannt. Der Obermeister der Zwangsinnung belegte diesen Schuhmacher mit einer Geldstrafe, um ihn zu zwingen, jede öffentliche Unterbietung der von der Innung festgesetzten Richtpreise zu unterlassen. Der mit Strafe belegte Schuhmachermeister erstattete Anzeige, und so hatte sich das Schöffengericht mit dem Falle zu beschäftigen. Das Gericht verurteilte den Obermeister der Zwangsinnung der Schuhmacher an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von 15 Tagen zu einer sehr empfindlichen Geldstrafe wegen preistreibender Machenschaften. Es stellte unter anderm fest:

Das Verbot der öffentlichen Unterbietung könnte nur den Zweck haben, die übrigen Schuhmacher dazu zu bewahren, gleichfalls mit ihren Preisen heruntergehen zu müssen. Diese Ausschaltung der freien Konkurrenz ist also als unlautere Machenschaft anzusehen, die den Zweck hatte, den Preis hoch zu halten.

Mit Staunen sieht man, daß sich eine regelrechte Innungsjustiz entwickelt hat, die nichts mehr und nichts weniger will, als den Wucher zu organisieren. Aber die Auswüchse, in denen der Begriff Standes Ehre eine Rolle spielt, gehen viel weiter. Mit ihnen hatte sich kürzlich der Vorsitzende des Kartellgerichts zu befassen.

Die Schmiede sind meist kreisweise in freien Vereinigungen der Schmiede zusammengeschlossen. Diese Vereinigungen setzen ebenfalls Preise fest, an deren Einhaltung sie die Mitglieder — sei es durch die Statuten (Verbandspreise), sei es durch moralische Einwirkungen (Richtpreise) — binden. Meist haben die Schmiedevereinigungen Verträge mit den örtlichen Vereinen der Eisenhändler geschlossen, in denen die Verhängung der Sperre über einen Schmied, der entweder der Schmiedevereinigung nicht beigetreten ist, oder aber deren Bestimmungen entgegengehandelt hat, von dem Bezug von Eisen und sonstigen zum Betrieb des Schmiedehandwerks erforderlichen Stoffen borgegesehen ist. Die Vereinigung der Schmiede eines Kreises hatte nun auf Grund eines derartigen Gegenseitigkeitsvertrags von dem örtlichen Verein der Eisenhändler mit der Begründung, „er betreibt schmutzige Konkurrenz, indem er unter Preis arbeitet“, die Sperre über einen Schmied verhängt, der den Beschlag zweier Pferde zu 88 Prozent unter den von der Schmiedevereinigung borgegesehenen Preisen ausgeführt hatte.

Der Vorsitzende des Kartellgerichts hat seine Einwilligung zur Verhängung der Sperre, die nach § 9 der Kartellverordnung Voraussetzung ihrer rechtlichen Zulässigkeit ist, versagt, da die beschlagnahmten Sperremagnahmen unter den gegebenen Umständen den Schmied in seiner wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit in unbilliger und unzulässiger Weise beschränken würden.

Beide Urteile zeugen von gesundem wirtschaftlichem Empfinden. Sie bedeuten aber noch mehr. Der gewöhnliche Sterbliche hat ja kaum eine Ahnung, in welchem ungeheuren Maß unsere Wirtschaft gebunden ist und unter welchem Zwange die einzelnen Mitglieder stehen. Die Zahl der Kartelle und Innungen ist nicht genau festzustellen. Um aber einen Begriff von dieser Hydra zu geben, veröffentlichen wir eine Aufstellung, die von industrieller Seite stammt. Danach bestehen folgende Vereinigungen (Syndikate, Preiskartelle, Konditionskartelle usw.):

Table with 3 columns: Industry, Total Number, and Percentage of Forced Agreements. Includes entries for Industry (1500), Wholesale (300-500), Retail (50), and Handicraft (7623).

Was bleibt da von der vielgeriesenen „freien“ Wirtschaft? Freiheit in der Ausbeutung der Konsumenten, Zwang zu dieser Ausbeutungsfreiheit. Es ist selbstverständlich, daß diese riesige Anzahl von Preisverbänden preissteigernd wirken müssen. Die beiden von uns mitgeteilten Urteile weisen einen Weg zur Bekämpfung dieses Unwesens. — (Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)

Wille in München, auf zu Prommen, Samstag, 29.

Das Gemeindefind.

Erzählung von Maria von Ebner-Eschenbach.

(1. Fortsetzung.)

Eine Viertelstunde später weiß das ganze Dorf: Der geistliche Herr ist heute nacht überfallen und offenbar im Kampf um die Kirchen Schlüssel, ermordet worden, im schweren Kampf, das sieht man, darauf deutet alles hin.

Ueber den Urheber der gräßlichen Tat ist niemand im Zweifel. Auch wenn die Aussagen der Magd nicht wären, wüßte jeder: der Martin Golub hat's getan. In Solofchau wird zuerst auf ihn gefahndet. Er war vor kurzem da, hat seine Kinder beim Gemeindefinden in Kost gegeben und ist mit seinem Weibe wieder abgezogen.

Nach kaum einer Woche wurde das Paar in einer Diebesherberge an der Grenze entdeckt, in demselben Moment, in dem Golub einen Teil der in Stücke gebrochenen Monstranz aus der Kirche von Ruvonic an einen Gastierer verhandeln wollte. Der Strohich konnte erst nach heftigem Widerstande festgenommen werden. Die Frau hatte sich mit triumphierender Gleichgültigkeit in ihr Schicksal gefügt. Bald darauf traten beide in V. vor ihre Richter.

Die Amtsgangdame, durch seinen Zwischenfall gehört, ging rasch vorwärts. Von Anfang an behauptete Martin Golub, nicht er, sondern sein Weib habe das Verbrechen ausgeübt und ausgeführt und so oft die Unwahrscheinlichkeit dieser Behauptung ihm datgetan wurde, so oft wiederholte er sie. Dabei verrannte er sich in sein eignes grob gesponnenes Lügennetz und sah das widrige, hundertmal dagewesene Schauspiel des rucklosen Wichters, der zum Selbstankläger wird, indem er sich zu verteidigen sucht.

Merkwürdig hingegen war das Verhalten seiner Frau. Die Gleichgültigkeit ihrer Aussagen erinnerte an das Bekannte: Non mi ricordo; sie lauteten unveränderlich:

„Wie der Mann sagt. Was der Mann sagt.“ In seiner Antreibenheit stand sie regungslos, kaum atmend, den Anglisten auf der Stirn, die Augen mit todesbanger Frage auf ihn gerichtet. War er nicht in Saale, konnte sie ihn nicht sehen, so vermutete sie ihn doch in der Nähe; ihr schauerliches Irre juchend umher und bettete sich plötzlich mit grauenhafter Starrheit ins Leere. Das Aufklaffen einer Tür, das leise Geräusch machte sie zittern und bebend, und erschauernd wiederholte sie ihr Sprüchlein:

„Wie der Mann sagt. Was der Mann sagt.“ Vergeblich wurde ihr zugerufen: „Du unterschreibst dein Todesurteil!“ — es machte keinen Eindruck auf sie, sprachte sie nicht. Sie fürchtete nicht die Richter, nicht den Tod, sie fürchtete den Mann.

Und auf diese an Wahnsinn grenzende Angst vor ihrem Herrn und Feindgerief berief sich ihr Anwalt und forderte in einer glänzenden Verteidigungsrede, in Anbetracht der zu Tage liegenden Unzurechnungsfähigkeit seiner Klientin, deren Losprechung. Die Losprechung nun konnte ihr nicht erteilt werden, aber verhältnismäßig mild war die Buße, die der Mitschuldigen an einem schweren Verbrechen auferlegt wurde. Das Verdict lautete: Tod durch den Strang für den Mann, zehnjähriger schwerer Kerker für die Frau.

Barbara Golub trat ihre Strafe sogleich an. In Martin Golub wurde nach der gesetzlich bestimmten Frist das Urteil vollzogen.

In den Vorstand der Gemeinde Solofchau trat nun die Frage heran: Was geschieht mit den Kindern der Verurteilten? Verwandte, die verpflichtet werden könnten, für sie zu sorgen, haben sie nicht, und aus Liebhaberei wird sich niemand dazu herlassen.

In seiner Ratlosigkeit verfügte sich der Bürgermeister mit Pavel und Mikada nach dem Schloß und ließ die Gutsherrin bitten, ihm eine Widmung zu gewähren.

Sobald die alte Dame erfuhr, um was es sich handelte, kam sie in den Hof geeilt, so rasch ihre Beine, von denen eins merklich kürzer als das andre war, es ihr erlaubten. Das schwarz geschnittene Gesicht vorgestreckt, die Brille auf der Adernase, die Ellbogen weit zurückgeschoben, kumpelte sie auf die Gruppe zu, die ihrer am Tore wartete. Der Bürgermeister, ein statlicher Mann in den besten Jahren, zog den Hut und machte einen umfangreichen Krachfuß.

„Was will Er?“ sprach die Schloßfrau, indem sie ihn mit trübem Augen anblinzelte. „Ich weiß, was Er will; aber da wird nichts daraus! um die Kinder der Strolche, die unsern braven Pfarrer erschlagen haben, kümmer' ich mich nicht. . . Da ist ja der Bub. Wie er aussieht! Ich kenn ihn; er hat mir Kirchengesprochen. Hat Er nicht?“ wendete sie sich an Pavel, der braunrot wurde und vor Unbehagen zu schielen begann.

„Warum antwortet Er nicht? warum nimmt Er die Mühe nicht ab?“

„Weil er keine hat“, entschuldigte der Bürgermeister. „So? was sieht ihn denn da auf dem Kopf?“

„Struppiges Haar, freierliche Graden.“ Ein helles Lachen erscholl, verjammerte aber sofort, als die Greisin den dünnen Zeigefinger drohend gegen die erhob, die es ausgestoßen hatte.

„Und da ist das Mädel. Komm her.“ Mikada näherte sich vertrauensvoll, und der Wid. den die Gutsherrin auf dem freundlichen Gesicht des Kindes ruhen ließ, verlor immer mehr von seiner Strenge. Er glitt über die Beine

Gestalt und über die Lumpen, von denen sie umhangen war, und bestete sich auf die schlanken Füßchen, die der Staub grau gefärbt hatte.

Einer der plötzlichen Stimmungswechsel, denen die alte Dame unterworfen war, trat ein.

„Mierfalls das Mädel.“ begann sie von neuem, „will ich der Gemeinde abnehmen. Obwohl ich wirklich nicht weiß, wie ich dazu komme, etwas zu tun für die Gemeinde. Aber das weiß ich, das Kind geht zugrunde bei euch, und wie kommt das Kind dazu, bei euch zugrunde zu gehen?“

Der Bürgermeister wollte sich eine bescheidene Erwiderung erlauben.

„Ned. Er lieber nicht.“ fiel die Gutsherrin ihm ins Wort, „ich weiß alles. Die Kinder, für welche die Gemeinde das Schulgeld bezahlet soll, können mit zwölf Jahren das A vom Z nicht unterschreiben.“

Sie schüttelte unwillig den Kopf, sah wieder auf Mikadas Füße nieder und setzte hinzu: „Und die Kinder, für welche die Gemeinde das Schulgeld zu bezahlen hat, laufen alle darfuß. Ich kenn euch.“ wies sie die abermalige Einprache zurück, die der Bürgermeister erheben wollte, „ich hab es lang aufgepaßt, an euren Einrichtungen etwas ändern zu wollen. Rechnet den Bubem nur mit und sorgt für ihn nach eurer Weise; der verdient's wohl, ein Gemeindefind zu sein. Das Mädel kann gleich da bleiben.“

Der Bürgermeister gehorchte ihrem entlassenden Wink, hocherfreut, die Hälfte der neuen, seinem Dorfe zugefallenen Last losgenommen zu sein. Pavel folgte ihm bis ans Ende des Hofes. Dort blieb er stehen und sah sich nach der Schwester um. Es war schon eine Dienerin herbeigeeilt, der die gnädige Frau Anordnungen in Bezug auf Mikada erteilte.

„Buden.“ hieß es, „die Lumpen verbrühen, Kleider ausfuchen aus dem Vorrat für Weihnachten.“

„Bestimmt sie auch etwas zu essen?“ fuhr es Pavel durch den Sinn. Sie ist gewiß hungrig. Seitdem er dachte, war es seine wichtigste Obliegenheit gewesen, das Kind vor Hunger zu schützen. Kleider haben sie schon gut, buden auch nicht übel, besonders in großer Gesellschaft in der Pferdebeschemme. — Wie oft hatte Pavel die Kleine hingetragen und sie in Wasser plätschern lassen mit Händen und Füßen! — Aber die Hauptsache bleibt doch — nicht hungern.

„Sag, daß Du hungrig bist!“ rief der Junge seiner Schwester ermahnend zu.

„Jetzt ist der Keil noch da! wieh' Dich trollen?“ hallte es vom Schloß herüber. Der Bürgermeister, der schon um die Ecke des Gartenzaunes biegen wollte, kehrte um, sah Pavel am Kragen und zog ihn mit sich fort. (Fortsetzung folgt.)



## Kapitalistendank für kommunistische Hilfe.

Die Kommunisten kämpfen gegen das Sachverständigen-Gutachten Hand in Hand mit den Deutschnationalen und Deutschböhmischen. Sie sind die eifrigsten Förderer des der Arbeiterbewegung so ungeheuer gefährlichen Nationalismus, sie sind zugleich aber auch die Schrittmacher der kapitalistischen Reaktion und die Förderer kapitalistischen Profits auf Kosten der Arbeiterklasse.

Bei den Beratungen, die am Dienstag im Reichstag über die Belastungen der Industrie durch das Sachverständigen-Gutachten stattfanden, trat das deutlich zutage. Die Kommunisten kämpften gegen diese Belastung der Industrie und wurden dafür öffentlich von einem der ausgesprochensten Vertreter der Schwerindustrie, dem volksparteilichen Abgeordneten Dr. Becker (Hessen), belobt. Dr. Becker (Hessen) erklärte u. a.:

Ich habe nicht die Absicht, mich in den hässlichen Streit zwischen den Kommunisten und der Sozialdemokratie einzumischen. In beiden Gruppen sind so streitbare Kämpfer und Kämpferinnen, daß sie sich jede Unterstützung schon mit Rücksicht darauf verbitten würden, weil es nach außenhin den Eindruck machen würde, als seien sie selbst nicht stark genug, den Kampf auszufechten. Ich unterstütze Frau Sender gar nicht, sondern kämpfe gegen Frau Sender. Ich unterstreiche noch einmal, was Herr Koenen heute wiederholt konstatiert hat — auch Herr Koch hat heute davon gesprochen —: Jede derartige Belastung müsse die Exportfähigkeit unserer Industrie mindern. Daran ist gar kein Zweifel; das ist eine rein kapitalistische Auffassung.

Wie ich mich freue, wenn die Kommunisten eine kapitalistische Auffassung vertreten, das können Sie sich ohne weiteres selbst sagen. Herr Koenen ist auch mein Kronzeuge für unsere Auffassung, daß Steuern bis zu einem gewissen Grade abgemäßt werden müssen. Ich werde, wenn wir demnächst über neue Steuergesetze beraten, hoffentlich Herrn Koenen genau in derselben Weise auf meiner Seite finden, wie es heute der Fall war. Ich gehe nun nicht einmal so weit wie Herr Koenen. Das würde ja bedeuten, daß man jede Steuer bekämpfen muß, weil sie die Exportfähigkeit der deutschen Industrie schädigt, weil sie den Inlandsmarkt um so viel weniger aufnahmefähig macht, weil sie die Preise in die Höhe treibt, und wie all die häßlichen Ausführungen der Kommunisten lauten.

Vielleicht werden man einmal die kommunistischen Arbeiter darauf aufmerksam, welche hervorragende Führung sie besitzen, und wofür eine Politik führt, die weiter nichts will, als nur immer das Gegenteil von dem, was die Sozialdemokraten für richtig erachtet haben. Das treibt sie naturgemäß an die Seite der Kapitalisten und zum Verrat von Arbeiterinteressen. Der Volksparteiler Becker hatte wirklich alle Ursache, den Kommunisten dafür, wenn auch spöttisch, seinen Dank auszusprechen. Und die Doeren und Genossen sind dabei nicht einmal rot geworden.

## Zwei sozialdemokratische Anfragen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag eine Interpellation eingebracht, die sich auf die Fürsorgepflichtverordnung bezieht und die Einlösung der Versprechungen verlangt, die der Reichsarbeitsminister gegeben hat. Die Interpellation lautet im Auszuge:

Bei den Beratungen im 9. Ausschuss des Reichstags über die Anträge zur Fürsorgepflichtverordnung erklärte der Herr Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, daß das Arbeitsministerium innerhalb 6 Wochen Ausführungsvorschläge zur Fürsorgepflichtverordnung erlassen wolle, in denen die Forderungen des 9. Ausschusses des Reichstags berücksichtigt werden sollen.

Die sechsmonatige Frist ist verstrichen. Die Ausführungsbestimmungen sind bis jetzt nicht erlassen. Im Reichsarbeitsministerium liegt allerdings ein Entwurf der Ausführungsbestimmungen vor. In diesem Entwurf ist aber auf die Wünsche des 9. Ausschusses in allen wesentlichen Punkten keine Rücksicht genommen worden und für die Sozial- und Kleinrentner ist eine weitere Verschlechterung darin enthalten. Die Leistungen an sie sind noch mehr als bisher auf die Almosen für die Armen herabgedrückt.

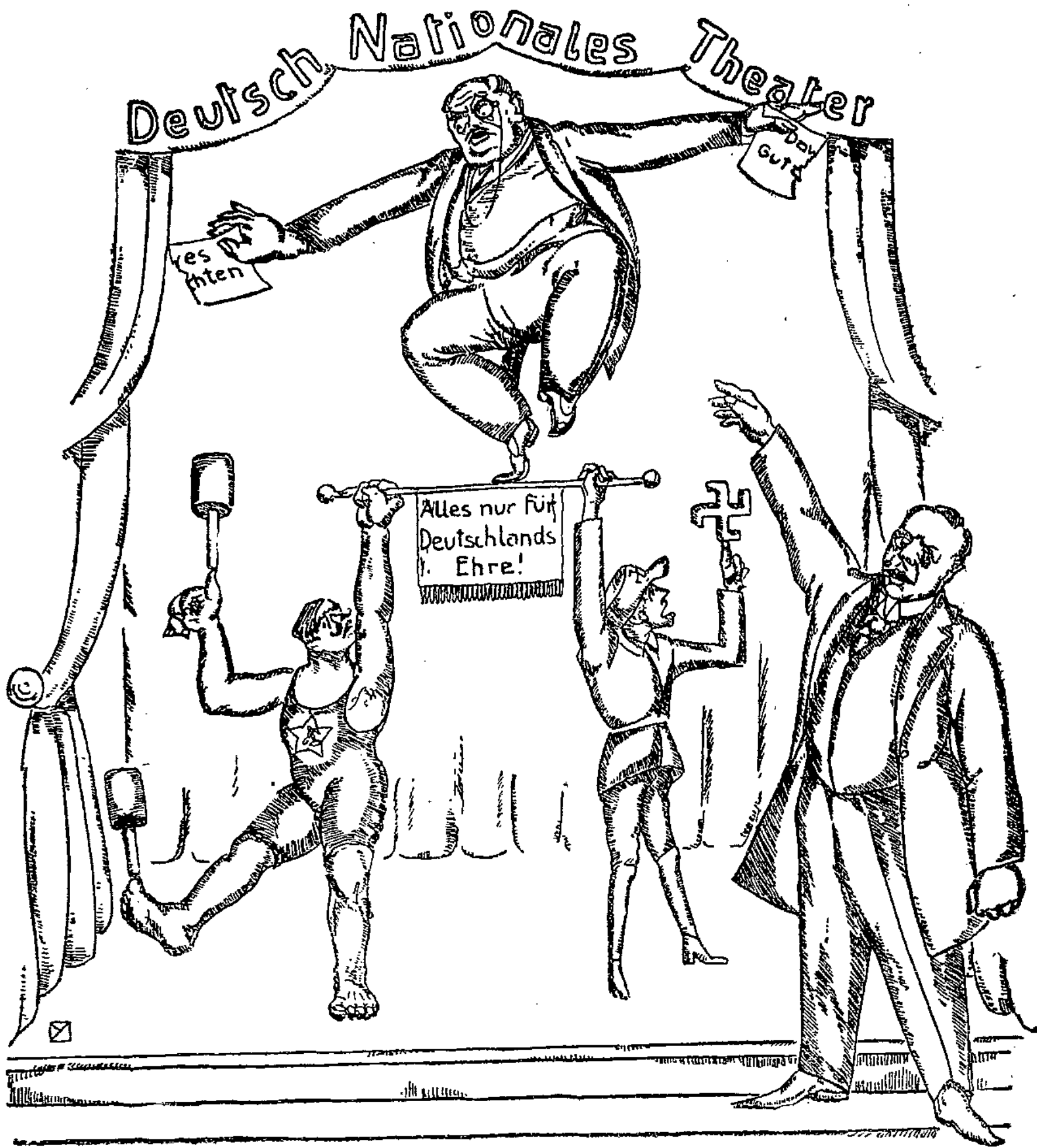
Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die entsetzliche Not der Fürsorgebedürftigen zu beseitigen? Ist die Reichsregierung gewillt, die Versprechungen des Reichsarbeitsministers, die er dem 9. Ausschuss des Reichstags gegeben hat und den einstimmigen Beschluß des 9. Ausschusses in den Ausführungsbestimmungen zur F. E. zu verwirklichen? Ist die Reichsregierung bereit, die Ausführungsbestimmungen sofort zu erlassen?

Außerdem ist eine Anfrage eingebracht, die sich auf die Gründung von Inanspruchnahmen bezieht, die allgemein jetzt begonnen wird, um den Ortskrankenkassen einen empfindlichen Schaden beizubringen. Die Anfrage heißt:

1. Neudrings zeigt sich bei den Inanspruchnahmen eine starke Bewegung, Inanspruchnahmen gegen den Willen der Versicherten in einem Maße zu errichten, daß der Bestand der zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkassen sehr gefährdet ist. Was gedenkt die Regierung dagegen zu tun?

2. Durch Schreiben vom 31. Oktober 1923 an die sozialen Ministerien der Länder hat der Herr Reichsarbeitsminister empfohlen, die Anweisungen zur Gemeinlast in der Krankenversicherung vorläufig nicht mehr einzuführen. Diese Maßnahme war während der Inflationszeit berechtigt, hätte aber nach der Festigung der Währung zurückgezogen werden müssen, da nunmehr sich die Gemeinlast voll im gesetzlichen Umfang auswirken konnte. Trotz wiederholter Eingaben von Seiten der Krankenkassen hat der Herr Reichsarbeitsminister es abgelehnt, seinen Entschluß zurückzugeben. Worin gründet der Herr Minister seinen unter den jetzigen Umständen nachlassbaren Standpunkt und was gedenkt er zu tun, um unwirksam den gesetzlichen Vorschriften über die Gemeinlast zum Rechte zu verhelfen?

Was kann gespannt sein, was der Reichsarbeitsminister Brauns auf diese beiden Fragen zu antworten haben wird.



Hier, hochberreres Publikum, Tanzt Hergt auf einem Stengel rum; Gefügt von Sakentkruz und Ruff', Er tanzt nicht gern, allein er muß!

## Der Kommunismus auf dem Balkan.

Das „Klassenbewußte“ agrarische Regime Stambulistik in Bulgarien wurde im Juni v. J. überraschend schnell durch einen Putsch der Militärliga gestürzt. Sie verhalf so der Mittelpartei, geführt von der Gruppe des Professors Alexander Zankow, zur Regierung. Es zeigte sich aber bald, daß die Opposition gegen das neue Kabinett ebenfalls rasch wuchs. Sehr bald schieden die Sozialdemokraten aus der Regierungskoalition aus, weil sie sich mit der schleppenden Politik des Ministeriums nicht einverstanden erklären konnten. Als dann im Herbst des vergangenen Jahres ein großer Kommunistenaufruch ausbrach, machte die Regierung diesen Treiben mit junckerlicher Grausamkeit ein Ende. Mit allen Mitteln versuchten sie in den folgenden Monaten, die kommunistische Bewegung zu unterdrücken und auszuwischen. Das gelang ihr nicht. Die verbotene Partei und Fraktion hat sich unter neuem Namen auf und ließ sich sogar teilweise von der Absicht leiten, wertvolle parlamentarische Arbeit zu leisten.

Angesichts dieser Vorgänge muß man sich zunächst die Frage vorlegen, aus welchen Gründen in Bulgarien die kommunistische Bewegung überhaupt so mächtig werden konnte. Denn an sich ist es immerhin erstaunlich, daß in einem Lande, das zu 80 Prozent agrarisch ist, dabei aber keinen Großgrundbesitz, also auch keine ausgebeuteten Landarbeiter kennt und verschwindend wenig Industrie hat, die kommunistische Partei so große Massen an sich zu ziehen vermochte. Die kommunistische rücksichts- und strupellose Propaganda wirkte aber tatsächlich gerade auf die ungebildete, jeder nobilitären Agitation der Phrygie zugänglichen Masse des Landes, vor allem auf die ungelerten Arbeiter der Textilindustrie, einen großen Teil der Eisenbahner und die radikal eingestellte Arbeiterschaft der Metallindustrie. Daneben stehen viele, recht einflussreiche Dorfschullehrer im Rann der Kosakow Schulen. Dazu kommen die zahlreichen Elemente, die ohne Beruf und bestimmte Tätigkeit begabwachtend das Land durchziehen und für deren Landbesitztum die hochschwellige Lehre eine willkommene Bemäntelung ist.

Vor allem hat aber natürlich die kriehiche Wirtschaftslage des Landes den Kommunisten das Wasser auf die Mühlen geleitet.

Seit einiger Zeit wird die Bevölkerung allerorten beunruhigt durch Banden, die als „Zellen“ der kommunistischen Bewegung auf dem Balkan überall Unruhe zu verbreiten suchen, aber auch vor Lieberfällen, Erpressungen und Verraubungen nicht zurückschrecken. Darüber hinaus ist es freilich sowohl innerhalb des Landes wie vor allem bei den Nachbarstaaten genug Leute, die aus bestimmten immer- oder außenpolitischen Gründen die allgemeine politische Spannung noch zu verschlimmern und die kommunistische Gefahr noch über ihre wirkliche Bedeutung hinaus zu übertreiben suchen. Die Folge sind wilde Gerüchte und zahlreiche ausgebaute Nachrichten, die in die Welt hinausposaunt werden, an denen jedoch kaum ein wahres Wort ist.

Die ernste Baumachtung der Regierung, die sich im allgemeinen möglichst optimistisch zu äußern beliebt, hat allerdings ihre volle Berechtigung. Denn auch in Rumänien, das wegen Bessarabiens sowieso mit dem russischen Nachbar nicht auf bestem Fuße steht, mußte der Belagerungszustand gegenüber der bolschewistischen Tätigkeit verhängt werden. Südslowenien hat die von der kommunistischen Bewegung drohende Gefahr z. T. durch den jüngsten Regierungswechsel beantwortet, doch bleibt abzuwarten, wie sich die in Moskau angeknüpfte Freundschaft des Kroatenführers Raditch mit der roten Internationale auswirken wird. Auch in Griechenland macht sich die russische Agitation bemerkbar.

Die Tätigkeit der Moskauer Zentrale wird besonders dadurch auf dem Balkan erleichtert, weil die Balkanstaaten der russischen Kultur nahe stehen und die Erinnerung an die nationale Befreiung durch Rußland und die Idee des Panlawismus sehr lebhaft ist. Wie weit das Moskauer Streben nach parteipolitischen und dann staatspolitischen Einfluß auf dem Balkan letzten Endes von Erfolg begleitet sein wird, das läßt sich heute allerdings noch nicht absehen.

## Wir wissen Bescheid in der Kochkunst?

und schützen deshalb unser Sargemachtes vor dem Verderben durch Schimmel und Gähung nur durch Verwendung d. bewährten

Dr. Oetker's  
Eimacke-Milch

Wädchen genügt um 10 Pfd. Frische, Gelee, Gurken usf. haltbar zu machen. Rezepte unbest in d. Geschäften oder d. Dr. A. Oetker Bielefeld.





# Herren-Kleidung

zu abgebauten Preisen!

Sie finden jetzt große Mengen Herren- und Knaben-Kleidung für jedermann passend, selbst für ganz schlanke und ganz korpulente Figuren, zu abgebauten, daher besonders vorteilhaften Preisen bei uns fertig am Lager. Wir empfehlen

**Herren-Anzüge** in marineblau, neuzeitige Nadelstreifen, Buckskin und Homespun . . . 82.- 68.- 46.- 42.- **28.-**

**Herren-Mäntel** in Gabardine, Kord, Covercoat und marengo Melton . . . 58.- 52.- 46.- 38.- **29.-**

**Herren-Sportanzüge** in eisenfesten Stoffen und Manchester, flotte Formen . . . 72.- 64.- 49.- 41.- **29.-**

**Anzüge für junge Herren** aus besten Herrenstoffen — in guter Schneiderarbeit hergestellt — Riesenauswahl in marineblau, farbigem Buckskin, Homespun . . . 56.- 51.- 43.- 34.- **22.-**

**Knaben-Anzüge** das Beste in Qualität, das Schönste in Formen . . . 29.- 22.- 17.- 11.- 9.- **5,90**

**Herren-Hosen** in extra starken Qualitäten, neuste Streifen, schicker Sitz . . . 22.- 16.- 11.- 8.- 6.- **5.-**

**Herren-Breeches- und Sporthosen** in Kord, Manchester, Homespun, bekannt erstklassiger Sitz 21.- 17.- 12.- 9.- **6.-**

**Herren-Windjacken** aus gut., imprägn. Zeltbahnstoff (Jünglings- und Knaben-Größen billiger) 19.- 17.- 15.- 13.- **11.-**

**Gummi- u. Lodenmäntel** nur beste deutsche Fabrikate, garantiert wasserdicht, denkbar größte Auswahl 36.- 29.- 24.- 22.- **19.-**

Sensationell billig! Sensationell billig!

**1 Posten Herrenstoffe** ganz vorzügliche Qualitäten, in marineblau, marengo, moderne Streifen u. Homespun Mtr. 11.- 9.- 7.- 6.- 4.- **2.60**

**1 Posten Wintermäntel** Bestände aus der letzten Serie I II III IV Wintersaison, in Serien eingeteilt, fabelhaft billigst jetzt 68.- 58.- 48.- 38.-

## Heinrich Casper

Magdeburg, Breitweg 133

Ecke Dreiengelestraße

### Sudenburg.

**Carl F. Brodmann**  
Rottersdorfer Straße Nr. 1  
(gegenüber der katholischen Kirche)

Nützen Sie die Gelegenheit!

Während dieser Woche außergewöhnlich billige Preise

Herren-Anzüge	Größe 1	von 25.00 an
Knaben-Anzüge	Größe 1	von 4.50 an
Herren-Hosen		von 4.50 an
Herren-Sportwesten		von 6.50 an
Kinder-Sportwesten		von 4.00 an
Herren-Paletots		extra billig!
Damen-Mäntel, Donegal		7.50 10.00
Tuch-Mäntel		20.00 25.00
Winter-Mäntel		von 9.50 an

Flanisch, Tuch, Velour, Astrachan, Sealpflüsch-Mäntel in großer Auswahl.



Freitag den 29. August:  
**Große Dampferfahrt**

nach  
**Borbj, Alten, Dessau**  
(nur Hinfahrt)

Abfahrt über Strombrückelins (Stiftabelle) vormittags 8 Uhr  
Fahrpreis Erwachs. 1.50, Kinder 0.75  
**C. Stahlberg**  
Telephon 1364.



Kaufe laufend Kanarien, zahle für Säbne 5 A. überlasse jede Konkurrenz. Vertreter an allen Plätzen gesucht. Freitag u. Sonnabend laufe bei Pflüchte, Georgenstr. 11, sonst Eigerleben. W. Benedict, Vogelexport.

### Privatlogis gesucht.

Vom 7. bis 9. September findet die erste **Sertilausstellung in Magdeburg** statt. Wir suchen für die auswärtigen Gäste für diese Tage Privatlogis. Genaue Angebote mit Preis an den Verkehrsverein.

**Sertilausstellung Magdeburg**  
G. m. b. H.

**Standesamtliche Nachrichten.**  
Magdeburg-Gudenburg.

**Todesfälle.** 27. August. Monteur Adolf Niemann, 50 J. Gänzlichblinde Auguste Schulz geb. Lange, 66 J. Votz Karl Preuse, 58 J.

**Magdeburg-Mittelfeld.**  
**Todesfälle.** 28. August 1924. Bierfabrik Hermann Guhl, 26 J. Otto, S. des Kaufmanns Otto Reibner, 2 Tg. Mollerreifeher Wilhelms Puderitz, 41 J.

**Magdeburg-Buckau.**  
**Todesfälle.** 26. August 1924. Arbeiter Friedrich Ahrens, 47 J. Dorothee geb. Bartels, Wm. des Arbeiters Hermann Schwerdfeger, 71 J.

**Gründl. Unterricht** in Buchbinder- u. Handarbeiten  
W. Hofmann, Pionierstraße 2, 1.

**Gehen Ihre Uhren nicht?**  
Reparaturen gut u. billig. Fr. Pflüchtz, Uhrmacher, Schönebergstraße 9a. 982

### Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme bei der Beerdigung unseres teuern Entschlafenen sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie allen Mitbewohnern des Hauses Kamelstraße Nr. 5 und seinen Arbeitskollegen meinen herzlichsten Dank. Besonderen Dank Herrn Petri für die trostreichen Worte in der Kapelle und am Grabe.

**Martha Albrecht**  
1240 geb. Wieprecht.

### Ein seltenes Angebot!

Zum 60. Todestag Lassalles

empfehlen wir die folgenden Schriften des großen Vorkämpfers der Arbeiterschaft: **Interessant und wichtig für jedermann! Beim Verlag nicht mehr zu haben!**

Ferd. Lassalle: Meine Äußerungen über die Arbeiterbewegung	0.50 M.
„Der Sozialismus“	0.50 M.
„Die Arbeiterbewegung“	0.50 M.
„Die Arbeiterbewegung“	0.50 M.
„Die Arbeiterbewegung“	0.50 M.
„Die Arbeiterbewegung“	0.50 M.

Verkaufen Sie nicht, unter Sonderpreisen Lassalle anzusehen.

**Buchhandlung Volksstimme,** Magdeburg, Große Mühlstraße 3.

## Außergewöhnlich billiges Sonder-Angebot!



Hier einige Beispiele:

Damen-Phantasie-Niedertreter	1.50
Pantoffel mit Ledersohlen	43 bis 46 1.50 36 bis 42 1.25
Schwarze Leder-Kinder-Stiefel	Größe 21 1.50
Leder-Hausschuhe	43 bis 46 4.90 36 bis 42 3.50
Damen-Leder-Hausschuhe	4.25
Rindbox-Kinder-Stiefel	25 u. 26 3.90 23 u. 24 3.50
Rindbox-Kinder-Stiefel	31 bis 35 4.90 27 bis 30 4.50
Kräftige Burschen-Stiefel	39 bis 39 7.25
Ia. Damen-Halbschuhe	8.50 7.50
Ia. Rindbox-Herren-Stiefel	10.90 9.90 8.90
Ia. Fahlleder-Arbeitsstiefel	Lederausführung 8.50
Fahlleder-Arbeitsstiefel	Ia. Qualitätsware 10.50
Schaftstiefel	kräftige solide Ausführung 13.90

## Schuhvertrieb Rheingold

Otto-von-Guericke-Straße 12

(frühere Kaiserstraße)

## Schuhwaren kaufen Sie billig und gut

Rest- und Einzelpaare zu spottbilligen Preisen

## Schuhwarenhaus Albert Himmelstern

Buckau, Schönebecker Strasse 94b

Beachten Sie meine Schaufenster!

Beachten Sie meine Schaufenster!

## Verfassungs-Feier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Magdeburg



18 verschiedene photographische Aufnahmen vom Festzug und der Feier auf dem Domplatz sind in unserem Schaufenster zur Ansicht ausgestellt.

Bilder zum Preise von Mk. 1.- und Postkarten zu Mark 0.50 sind zu beziehen durch die

## Buchhandlung Volksstimme

### Hohen Ertrag können Sie in Ihrem Garten erzielen, wenn Sie die hervorragende Wochenzeitung

**Der Lehrmeister** im Garten und Kleingarten lesen. Mit viel Bildern und Aufzeichnungen versehen bringt diese Zeitschrift praktische Ratschläge für alle Arbeit im Haus, Hof und Garten.

Unentbehrlich für jeden Gärtner.

Mit Mark 0.60 im Monat liefert es jede Zeitschriftlerin frei Haus.

Bestellen Sie sofort.

**Buchhandlung Volksstimme.**

Wir suchen einige tüchtige Eintatler

welche auch mit Ganygen Maschinen vertraut sind.

**Gebrüder Spoor** Verleihen—Magdeburg.

Tüchtiger u. energ. Mauerputzer sofort gesucht.

**Gerling & Raack,** Baugeschäft, Magdeburg, Große Diebsteier Str. 237.



Freitag

# Billige Wochenabschluss-Angebote!

Sonnabend

## Strickwaren

Schlupfhosen für Damen . . . Paar 1.50 1.25  
 Rückenweater in 4 Größen . . . Stück 1.25 1.05 95  
 Strick-Unterhosen für Kinder . . . Paar 1.10  
 Einfahembden moderne Muster . . . Stück 2.85  
 Ia. Wafel-Beinkleider für Herren Paar 2.75

## Stickereien

Madapolam-Stickerei 3 cm breit . . . Stück 4,60 m 65  
 Madapolam-Stickerei 5-7 cm breit . . . Stück 4,60 m 1.15  
 Madapolam-Stickerei Ein- u. Anlag. Ia. Ware m 65 45

## Strumpfwaren

Damen-Strümpfe engl. lang, schwarz und braun . . . Paar 55  
 Seidenstrümpfe nur bestm. Paar 1.45  
 Kinder-Strümpfe in viel. Farben Paar 95  
 Herren-Socken Baumwolle, grün, bla. mod. Paar 58  
 Herren-Socken Kunstseide, moderne Farben . . . Paar 1.95

## Weißwaren

Matrosen-Garnituren dunkelblauer Stoff . . . 1.10  
 Kleier Knoten-Satin . . . 55 38  
 Blusen- u. Jackenträger mod. Form, angeft. . . 65 25

## Herrenartikel

Oberhemden Zephyr . . . . . Stück 5.95  
 Selbstbinder nur moderne Streifen . . . Stück 95  
 Sportferreture Pertal, viele Streifen . . . Stück 90  
 Strickbinder auf'e Muster . . . Stück 68 53 48  
 Witzelgamaschen . . . Paar von 2.95 an

## Spitzen u. Seidenband

Maschinentüppel Spitze und Einfüge 4-7 cm breit . . . Meter 28 22  
 Seidenband, Spitzen und Netze für Haarschleifen . . . 45 35  
 Moderne Blusenbänder . . . 35 15  
 Stickerei- und Spitzen-Netze versch. Längen, extra preiswert.

## Wäsche und Schürzen

Untertassen mit Langette über Silber . . . 1.45 95  
 Büfthalter aus festem Stoff . . . 1.95 1.50  
 Strumpfhaltergürtel weiß . . . 1.85 1.25  
 Gürtel mit Strumpfhalter . . . 3.95 2.95  
 Mädchen-Hängerschürzen m. Volant Gr. 55-70 1.95

## Schreibwaren • Musikalien

1 Kontobuch 288 Seiten stark . . . 1.25  
 1000 Geschäftsumschläge . . . 2.95  
 5 Rollen Butterbrotpapier festb. . . 90  
 1 Noten-Album See und Land' Bb. v. 1.45

## Abirtschaftswaren

Garnierspinnen mit 3 Fäden . . . 65  
 Springformen . . . 135 110 75  
 Spirituskocher . . . 1.25 55  
 Eintopfapparate . . . 11.50 6.40

Rohhaarbellen prima Rohhaar 3.25 3.00 2.75  
 Schrubber . . . 75 55 45  
 Fensterleder . . . 2.50 1.75 1.45  
 Wäschekammern gedreht . . . 60ct 45

## Porzellan

Waschservice stell., mod. Dekore 8 00 6.50 5.50  
 Kaffeefervice steil., neueste Formen und Muster . . . 7.50 5.50 3.25  
 Tassen mit Untertassen, dekoriert . . . 45 35  
 Zeller tief und flach . . . . . Stück 22

## Glas

Einmachgläser zum Zu- 2 2 1/2 3 4 5 Etc. binden 30 40 50 60 70  
 Käseglase 1.10 Butterdose 75  
 Harzer Porzale 75 80 85  
 Elektrische Birnen 32-50 Kerzen Stück 75

Goeben eingetroffen!

## 1 Waggon Emailleschüre, prima Fabrikat

Milchtöpfe 16 14 12 10 cm 1.45 1.10 90 75  
 Schmortöpfe 26 24 22 20 18 16 14 cm 2.00 1.75 1.60 1.35 1.05 95 80  
 Waschtöpfe 42 40 38 36 34 32 cm 7.20 6.45 5.65 5.10 4.50 3.85

Wassertessel 26 24 22 20 cm 3.50 3.30 3.00 2.55  
 Kartoffeldämpfer 24 22 20 cm 5.20 4.50 3.60  
 Kaffeefannen . . . Stück 2.70 2.10 1.50

Leigschüsseln 42 40 38 36 34 cm 3.90 3.60 3.20 3.00 2.70  
 Wannen 70 65 60 55 50 cm 14.00 11.50 9.50 7.80 6.50  
 Eimer 28 cm . . . . . Stück 1.80 1.35

Waschschalen mit Seifennapf 36 34 32 cm 2.20 1.90 1.60  
 Nachtgeschüre . . . . . 20 13 cm 1.50 1.30  
 Rehrschalen groß, gefasst . . . Stück 95

1 Posten Emailleschüre mit kleinen Fehlern nach Gewicht, wie: Schmortöpfe, Milchtöpfe, Kaffeefannen, Leigschüsseln, Waschschalen usw. **enorm billig!**

## Kleiderstoffe

Wetterloben 140 cm breit, in oliv und grau Nr. 6.50 5.50  
 Covercoat 140 cm breit, imprägniert Nr. 5.25  
 Donegal ca. 150 cm breit, für praktische Mäntel Meter 5.50 3.95  
 Klauisch 140 cm breit, reine Wolle für Sportjacket . . . Meter 9.50  
 Wolltricot 130 cm breit in soliden Farben . . . Meter 9.50  
 Wolltreppe für Blusen und Kleider Nr. 4.25  
 1 Posten Kinderhütchen Meter 1.95 1.45

## Konfitüren

Blau-Schokolade . . . 00-Gramm-Riegel 1.10  
 Kakaó garantiert rein . . . . . Pfund 72  
 Gebrannte Mandeln . . . 1/4 Pfund 35

## Schuhwaren im 1. Stock

Schwarze Bogstaff-Kinderstiefel 20 bis 22 23 u. 24 25 u. 26 27 bis 30 31 bis 35 4.75 5.25 5.90 7.50 9.00  
 Braune Bogstaff-Kinderstiefel 20 bis 22 23 u. 24 25 u. 26 27 bis 30 31 bis 35 5.90 6.90 7.90 9.50 10.75  
 Gahl-Kinderstiefel 27 bis 30 31 bis 35 36 bis 39 Kindl-Kinderstiefel für Knaben, schwarz 5.75 6.75 9.00 27/30 6.00 31/35 6.90

## Toilettenseife

3 Stück feinste Blumenseife . . . 72  
 Blumen-Toilettenseife St. 9, 3 St. 25  
 1 Haargarnitur, schöne Muster . . 1.45

## Hausseifen

Beste Edelsteinseife 250 Gramm . . . 28  
 Reine Kernseife . . . . . Kiesel 16  
 Prima Reinstärke . . . . . Patet 18

## Wastein

Wastein-Schnittmuster  
 Wastein-Plättmuster  
 Wastein-Alben  
 Wastein-Schneiderbücher  
 Wastein-Handarbeitsbücher

## Kurzwaren

Ia. Obergarn 4fach . 1000-Meter-Schleifrolle 80  
 Maschinengarn 8fach, 1000-Mtr.-Schleifrolle 60  
 200-Meter-Schleifrolle 13  
 Kinder-Strumpfhalter . . . . . 20  
 Damen-Strumpfhalter . . . . . 40  
 Herren-Sockenhalter . . . . . 35  
 Strumpfgummiband . . . . . Meter 15  
 Schnürfentel 30 cm . . . . . Paar 5  
 Halbschnürfentel Kips . . . . . Paar 16

## Lederwaren

Rudfack mit Tasche und Lederriemen . . 2.95  
 Damen-Handtasche Kofferform, Leder 7.75  
 Wattenmappe Vollerleder mit Griff . . . 9.95

# BARASCH

# 2 ganz besonders spottbillige Ultimo-Tage!

Nur solch ein Vorrat

Nur Freitag und Sonnabend

Mengenabgabe vorbehalten

Der große Geldbedarf zum Monatschluss zwingt uns, große Posten Schuhwaren ohne Rücksicht auf den Selbstkostenpreis und trotz der erhöhten Preise der Fabrikanten schnell zu Geld zu machen

Hier sind die Preise!

1 Post. Segelack-Sandalen mit Lederzehen 27 und 28 85  
 1 Post. schwarze Lederstiefel mit Gled 21 und 22 145  
 1 Posten Leinen-Baum-Spangenschuhe 28 bis 42 195  
 1 Posten weiße Leinen-Kinderstiefel 23 u. 24 2.35 21 u. 22 1.95, 18 u. 20 185  
 1 Posten Leder-Kinderstiefel, R. Chevreau 25 u. 26 3.25, 23 u. 24 295  
 1 Posten Knielanger-Kleiderstiefel 31 bis 35 4.75, 27 bis 30 4.25, 23 bis 25 325  
 1 Posten Knielanger-Kinderstiefel 31 bis 35 4.90, 27 bis 30 4.50

1 Post. Damen-Halbschuhe, Gummi und Wildleder, mit Spanne, Schall, Pumps . . . 4.50 4.65  
 1 Posten Leder-Baum-Halbschuhe, Gummi, Spanne, Pumps, Braun und schwarz . . . 450  
 1 Posten Damen-Hochschulstiefel, echt Chevr. 25-28 590  
 1 Posten braune echt Chevreau-Baum-Schulstiefel sportbillig 690  
 1 Posten echt Chevreau-Baum-Pumps, französi. Art. . . . . 795

1 Post. Damen-Halbschuhe, R. Chevreau, Gummi, Spanne, Schiebel, schwarz . . . 685  
 1 Posten braune Damen-Schulstiefel, Chevreau . . . 750  
 1 Posten Lack-Damen-Halbschuhe, Gummi und 2 Spangeln, Schiebel, schwarz . . . 890  
 1 Posten Damen-Lack-Halbschuhe, Gummi und Spangeln, braunlich und französischer Schick . . . 980  
 1 Posten braune Damen-Halbschuhe, Gummi, Spanne, Schiebel, keine Polsterarbeit 1095

1 Posten Knielanger-Schulstiefel Kinder 27 u. 28 650  
 1 Posten Knielanger-Arbeits-schulstiefel, Kerau, 49 bis 47 690  
 1 Posten Herr-Derby-Schulstiefel, R. Chevr. 9.50 8.50 785  
 1 Posten Herren-Halbschuhe braun und schwarz, breit und spitz 890  
 1 Posten braune Knielanger-Herrenstiefel, frische Form 1050  
 1 Posten Herren-Zugstiefel Knielanger, ganz besond. billig 1150  
 1 Posten Herren Knielanger-Schulstiefel R. Chevreau 1295

# Schuhhandelshof

## Breiteweg 193/94

Sehen Sie sich unsere Auslage an!

Warten Sie nicht auf unsere Güter!

Hofgebäude, 1 Treppe gegenüber der Steinstraße.

# Eröffnung

29. August! 29. August!

Eröffne am 29. August in Magdeburg-Sudenburg

## Halberstädter Straße 121b

### Spezialgeschäft für Herren-, Knaben-, Arbeiterbekleidung

### Stofflager für elegante Maß-Anfertigung

Mein seit 20 Jahren in Magdeburg, Jakobstrasse 3, bestehendes Hauptgeschäft bürgt Ihnen für eine gute, reelle Bedienung, was ich Ihnen auch in meiner neu eröffneten Filiale verspreche.

Zur Eröffnung erhält jeder Kunde ein praktisches Geschenk

Beachten Sie bitte meine Schaufenster Billige Preise Gute Qualitäten

# J. Sorger

Jakobstraße 3 Halberstädter Straße 121b.